

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3175

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach der Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses hier im Plenum erfolgen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/3175 an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration – federführend –, den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, den Ausschuss für Frauenpolitik sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss** unseres Landtags. Wer ist für diese Überweisung? – Ich sehe viele Hände. – Wer ist gegen diese Überweisung? – Niemand. – Wer enthält sich? – Auch niemand. – Einstimmig ist damit auch diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir zu diesem Paket hier.

(Vizepräsident Oliver Keymis hält den Entwurf des Haushaltsgesetzes hoch.)

Wie Sie sehen, ist das ein dickes Paket. Es handelt sich immerhin um die Beratung unseres Haushalts.

Ich rufe auf:

8 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884,
14/2990

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008,
14/3010 bis 14/3015, 14/3020

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3017

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3021

zweite Lesung

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Ihnen als Tischvorlage die insgesamt 45 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegen.

Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen gern noch einen Hinweis auf den weiteren Ablauf dieser Beratung geben. Wir haben im Ältestenrat ein Beratungsverfahren vereinbart und dabei die Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne festgelegt sowie die Redezeiten vorgeschlagen. Sie können dies der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über den Einzelplan erfolgt jeweils die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz stimmen wir morgen vor der GesamtAbstimmung ab.

Die GesamtAbstimmung über den Haushalt 2007 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr finden aus Ihnen allen bekannten Gründen keine Abstimmungen statt.

Nach der Beratung des Einzelplans 01 werden die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Ich rufe also zunächst den **Einzelplan 15** auf, nämlich

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

mit den Teilbereichen „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“, „Frauen“ und „Integration und Eine-Welt“.

Ich weise hin auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Nummern 1 bis 16 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung zum **Teilbereich „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“**.

Das Wort hat der Kollege Jörg von der Fraktion der SPD. Bitte schön.

Wolfgang Jörg (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition der Täuschung und Enttäuschung

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

hat auch im zweiten vorgelegten Haushalt im wahrsten Sinne des Wortes nichts für Kinder übrig. Den großen Ankündigungen von Jürgen Rüttgers ist wie so oft in seinem politischen Leben – er ist ja leider nicht mehr da – nichts gefolgt. Aber die Art und Weise, wie billig er diese Ankündigungen mit großem Brimborium und mit bundesweiter Presse vermarktet, zeigt, dass er zu einer speziellen konservativen Spezies von Politikern gehört, die ich als Auslaufmodell bezeichne.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie imitieren Sozialpolitik, aber diese Art, rechte Politik zu machen, ist alt, zu alt für unser Land. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, merken die Menschen.

(Zuruf von der CDU: Witzbold!)

– Wir kommen gleich noch auf einige Beispiele. Dann werden Sie sich das mit dem „Witzbold“ noch einmal überlegen können. – Diese Art von Politik birgt auch noch andere Gefahren, auf die wir alle gemeinsam achten sollten. Denn wenn wir als Demokraten nicht glaubhaft sind, ist der Schritt in andere undemokratische Lager häufig kleiner. Darauf, wie gesagt, sollten wir gemeinsam achten.

Den großen Ankündigungen von Jürgen Rüttgers, wie familien- und kinderfreundlich NRW werden würde, ist also nichts gefolgt. Ganz im Gegenteil: Die allermeisten Träger, die Eltern, aber vor allen Dingen die Kinder sind die klaren Verlierer im Wettkampf um die Etats.

(Beifall von der SPD)

Nachdem Rüttgers das Jahr 2006 als das Jahr des Kindes ausgerufen hatte und dann hier wie in

keinem anderen Bereich gekürzt hat, sind nun in Nordrhein-Westfalen ganze Bevölkerungsgruppen in Furcht, welches Jahr er denn als nächstes verkündet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit der Vorlage des Haushaltsplans 2007 ist auf jeden Fall jetzt schon eines klar: Kinder sind in NRW nicht willkommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das merken die Eltern. Das merkt die Bevölkerung. Sie können es auch politisch zuordnen. Sie wissen, was Jürgen Rüttgers ihnen versprochen hat. Sie wissen, welche großen Ankündigungen er gemacht hat. Sie wissen heute: Auf diesen Menschen und seine Koalition der Täuschung und Enttäuschung ist kein Verlass.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In meiner kurzen Redezeit will ich ein Beispiel für diese Kulissenpolitik herausgreifen: die Familienzentren, eigentlich eine gute Idee. Die Vernetzung mit anderen Grenz- und Sozialräumen, die Beratung aus einer Hand und eine Anlaufstelle im Stadtteil sind Stichworte, die schon einige Jahre in einigen Städten den Sinn der Familienzentren umschreiben.

Doch was machen die Kulissenmeister dieser Regierung? – In einer Art Verlosung und fast ohne Einfluss der zuständigen Jugendämter werden Familienzentren über das Land verteilt. Meine schöne Stadt Hagen hat zwei bekommen. Das finde ich zunächst einmal ganz hervorragend. Ab diesem Zeitpunkt allerdings wurden nur neue Ansprüche an die Familienzentren formuliert – an erster Stelle von dem Minister und dem Oberkulissenbauer. Diese Ansprüche sind nicht ohne. Jedwedes Problem soll offenbar hier gelöst werden, wie die Aufgabenstellung ausweist: Eheberatung, Erziehungsberatung, psychologische Hilfen, Sprachförderung, Schuldnerberatung, Anlaufstelle für alle. Und nebenbei soll die Einrichtung auch noch als Kindertagesstätte dienen.

Einiges davon – das will ich hier ganz deutlich sagen – ist sehr erstrebenswert.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

– Ich will das überhaupt nicht diskreditieren. Ich finde das wirklich sehr in Ordnung. Doch schaut man hinter diese Kulisse, fehlt das Mauerwerk: nur Schein, kein Sein.

(Beifall von der SPD)

Der Haushalt gibt nicht annähernd etwas her, was diesem Blendwerk gerecht werden könnte. 1.000 € soll jedes Familienzentrum ab dem 1. Juli 2007 bekommen. 1.000 €! Und das bei den genannten Ansprüchen! Im Vergleich ist das ungefähr so, als ob der BVB zwar den Anspruch auf die Meisterschaft nicht verlieren will, aber gleichzeitig einen Trainer für 2.000 € sucht. Das ist nicht zu machen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jahresgehalt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man das nicht machen.

(Beifall von der SPD)

Im Ernst: Im ganzen Land gibt es nun Familienzentren. Aber die Verantwortlichen in den Familienzentren werden von dieser Regierung allein gelassen. Die Erwartungen an die Leistungen der Zentren sind bei den Eltern geweckt. Doch wenn es um die Verantwortung bei der Umsetzung geht, sind die Kulissenbauer schon weg, wahrscheinlich auf der nächsten Pressekonferenz, um das Nächste zu verkünden.

Die Situation ist schlimm und wird 2007 noch schlimmer. Denn die Landesregierung hat in den Beratungsstellen, an die Eltern mit Sorgen und Problemen von Familienzentren weitervermittelt werden könnten, gekürzt, und zwar erheblich.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt wohl. – Gerade hier hätte man Zeit gehabt, sich intensiv um die Kinder oder die Eltern zu kümmern.

(Minister Armin Laschet: Über welchen Haushalt reden Sie denn? – Minister Karl-Josef Laumann: Er redet über den Haushalt von Finnland!)

Fazit: Für Familien mit wirklichen Problemen ist kein Geld da, aber die brauchen es am dringendsten.

(Beifall von der SPD)

Bei vielen dieser Eltern tragen Sie, mein lieber Minister, auch noch die Verantwortung dafür, dass sich für sie die Kindergartenbeiträge in diesem Jahr erhöht haben.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine große Katastrophe.

Den Trägern, die im Wettbewerb um das Qualitätssiegel „Familienzentrum“ erfolgreich waren, dämmert es. Sie können den Ansprüchen ohne

den nötigen finanziellen Rahmen nicht gerecht werden. Sie kommen in eine unmögliche Situation. Aber die Koalition der Täuschung und Enttäuschung zuckt hier nicht einmal.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Haushalt 2007 ist erneut ein schlechter Haushalt für die Kinder in NRW.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit der drohenden Verschlechterung durch die Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder wird es vielleicht ein bitteres Jahr für die Kinder. Das nächste bittere Jahr!

Aber zum Glück soll 2007 nicht wieder zum „Jahr des Kindes“ ausgerufen werden. Das glaube ich jedenfalls. Noch so ein Jahr würden die Einrichtungen nicht überleben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jörg. – Für die Fraktion der CDU erteile ich der Frau Abgeordneten Kastner das Wort.

Marie-Theres Kastner (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Wir fangen heute mit der Beratung der Einzelpläne des Haushaltsentwurfs 2007 an. Ich empfinde es als ein gutes Zeichen, dass wir ausgerechnet mit dem Haushalt des Einzelplans 15, also Kinder, Jugend, Familie, Generationen und Integration, beginnen. Das ist ein gutes Zeichen, was die Gewichtung innerhalb der Landespolitik angeht.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Jörg, Sie sollten mitsamt Ihrer Partei aufhören, an Legenden zu stricken, die es nicht zu stricken gilt.

Wir haben im letzten Jahr bei dem Haushaltsentwurf 2006

(Britta Altenkamp [SPD]: In diesem Jahr!)

im Haushalt dieses Einzelplanes einige Kürzungen vorgenommen, aber auch die waren proportional schon deutlich geringer als die in anderen Ressorts. Damit möchte ich deutlich machen, dass die Koalition der Erneuerung im Bereich Kinder, Jugend und Schule einen Schwerpunkt gesetzt hat und auch in diesem Jahr setzt.

(Zuruf von der SPD)

Denn entgegen Ihren Behauptungen wird im Einzelplan 15 in diesem Jahr nicht gekürzt. Das nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis und verbreiten keine Lügen.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich nunmehr auf einige wesentliche Schwerpunkte im Teilbereich „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“ eingehen. Ich fange auch da an, wo Sie, Herr Jörg, begonnen haben, nämlich bei den Familienzentren. Die Mittel werden von 1 Million € um 6 Millionen € auf insgesamt 7 Millionen € erhöht. Nachdem in diesem Jahr die Pilotphase von insgesamt 251 Einrichtungen angelaufen ist, kann 2007 nunmehr mit dem flächendeckenden Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren begonnen werden. Ich finde, das ist eine erfreuliche Entwicklung und eine gute Botschaft ins Land.

Bereits das große Interesse der Kindertageseinrichtungen an der Teilnahme in der Pilotphase hat gezeigt, dass die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen mit der Verbindung und Vernetzung der unterschiedlichen Angebote von Tageseinrichtungen und der Angebote von Beratung und Hilfe für Familien auf dem richtigen Weg sind. Viele Einrichtungen fragen uns schon heute, wann die nächste Bewerbungsphase eingeleitet wird. So werden wir 2007 diesen Weg konsequent fortsetzen.

Herr Jörg, ich sage noch etwas: Ich habe bei den Einrichtungen, die bereits Familienzentren sind, keine Klage darüber gehört, dass es diese 1.000 € monatlich gibt. Ganz im Gegenteil: Sie sind froh um diese Förderung und wissen sehr wohl, dass sie mit 1.000 € pro Monat eine ganze Menge anfangen können.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sören Link [SPD])

Ich möchte diesen Ort und diese Stelle heute nutzen, um ganz besonders den Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertageseinrichtungen und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Familienberatungsstellen und in den Familienbildungsstätten meinen ganz herzlichen Dank auszusprechen. Sie haben durch ihre Initiative, ihr Engagement und nicht zuletzt durch ihre kreativen Vorschläge maßgeblich zum erfolgreichen Start der Familienzentren beigetragen. Ich hoffe, dass das auch im kommenden Jahr so weitergehen kann.

Dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, bei den Familienzentren krampfhaft nach

dem Haar in der Suppe suchen, wie wir das heute Morgen wieder erlebt haben, wundert mich nicht.

(Frank Sichau [SPD]: Dazu braucht man keinen Krampf!)

Schließlich haben Sie den entsprechenden Antrag bereits in der vergangenen Legislaturperiode abgelehnt und können es nur schwer verkraften, dass die Initiative gut läuft. Aber ich bin sicher: Auch Sie werden irgendwann in der Realität ankommen, dass hier mehr für Familien und Kinder getan wird, als das zu Ihren Regierungszeiten möglich war.

Einen weiteren Schwerpunkt im Haushalt des Fachbereichs bildet die Sprachförderung. Hier stehen im Jahr 2007 erneut 17,65 Millionen € zur Verfügung. An dieser Stelle möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass wir die Mittel gegenüber 2005 damit mehr als verdoppelt haben und zum ersten Mal in der Geschichte alle gestellten Anträge auf Sprachförderung bei den Landesjugendämtern bewilligt werden konnten.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit und Schaffung von besseren Startchancen für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft. Das ist Bildung von Anfang an. Das ist Integration. Das ist soziale Politik, die sich später auszahlen wird.

Mit der Einführung der Sprachstandsfeststellung ab dem vierten Lebensjahr legen wir darüber hinaus die Grundlage für eine frühzeitige Sprachförderung als Schlüssel für erfolgreiche Lern- und Bildungsprozesse. Auch das war ein längst überfälliger Schritt zum Wohle unserer Kinder.

(Beifall von der CDU)

Der Ansatz beim Kinder- und Jugendförderplan bleibt mit 75,7 Millionen € gegenüber 2006 ebenfalls stabil. Erstmals wurde in diesem Bereich im vergangenen Jahr bis 2010 auch diese Summe festgeschrieben. Damit erhalten die Träger und Einrichtungen sowie die Beschäftigten die bereits seit vielen Jahren geforderte Planungssicherheit. Wie bereits im Jahre 2006 stehen für die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit und die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit mehr Mittel als 2005 zur Verfügung. Diese Mittel kommen unmittelbar Kindern und Jugendlichen zugute.

(Frank Sichau [SPD]: Was versprechen Sie sich in diesem Zusammenhang?)

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auf einen – so finde ich – durchaus bemerkenswerten Vorgang hinweisen. So hat die Fraktion der SPD in den Beratungen des Fachausschusses zum Einzelplan 15 keinen Änderungsantrag auf Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans gestellt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wie viele Änderungsanträge haben Sie denn gestellt?)

Bei einem entsprechenden Antrag der Fraktion der Grünen hat sich die SPD-Fraktion pikanterweise enthalten –

(Frank Sichau [SPD]: Warum wohl?)

ein, wie ich finde, interessanter Vorgang, den ich Ihnen als Denkposten einmal mit auf den Weg geben möchte.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und was war im HFA?)

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass wir entgegen aller rot-grünen Unkenrufe die im Haushalt 2006 erstmalig eingestellten Sonderprogramme „Frühkindliche Förderung“ und „Jugend in sozialen Brennpunkten“ fortführen. Auch da haben Sie uns unterstellt, das würden wir lassen. 2007 stehen somit 23 Millionen € für den Aktionsplan „Frühkindliche Förderung“ und 4,5 Millionen € für das Sonderprogramm „Jugend in sozialen Brennpunkten“ zur Verfügung.

Mit diesen Programmen werden gezielt Projekte gefördert, die Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Das Programm „Jugend in sozialen Brennpunkten“ zielt vor allem auf die Stärkung der Jugendsozialarbeit und auf die Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund ab. Bei den Mitteln im Rahmen des Aktionsplans „Frühkindliche Förderung“ geht es um frühzeitige Prävention, unter anderem um soziale Frühwarnsysteme.

Ich bin sicher, dass diese Mittel gerade vor dem Hintergrund von Vernachlässigung und Gewalterfahrung von Kindern gut angelegt sind und helfen werden, diese schlimmen Tatbestände zu reduzieren.

Die Förderung der Tageseinrichtungen für Kinder bleibt gegenüber dem Vorjahr ebenfalls stabil. Im kommenden Jahr werden wir mit der Reform des Gesetzes über die Tageseinrichtungen für Kinder ein neues Finanzierungssystem einführen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Darauf freuen sich alle!)

Mit diesem Thema werden wir uns in den kommenden Monaten noch intensiv beschäftigen.

Auch die Einrichtungen der Familienhilfe, Familienbildung sowie der Familienberatungsstellen – Herr Jörg, bleiben Sie bitte bei der Wahrheit – werden ihre erfolgreiche Arbeit im Haushaltsjahr 2007 auf gleichem Niveau fortführen können.

(Britta Altenkamp [SPD]: Dann kommen Sie einmal zum Anfang Ihrer Rede zurück!)

Die erfolgreiche Kooperation mit den Kindertageseinrichtungen im Rahmen der Familienzentren wird dazu führen, dass wir die Familien früher erreichen und stärken und bei Bedarf gezielter unterstützen können.

Im Bereich der Generationen- und Seniorenpolitik wird auch in Zukunft ein Förderprogramm mit 3,5 Millionen € zur Verfügung stehen. Fragen des Miteinanders der Generationen in einer alternden Gesellschaft sowie die Bewältigung des demografischen Wandels werden dabei im Mittelpunkt stehen. Mit dem Antrag „Jung und Alt in den Städten und Gemeinden – Zukunftskonzepte für ein neues Zusammenleben der Generationen in Nordrhein-Westfalen auszeichnen“ haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, Zukunftskonzepte für generationenfreundliche Städte und Kommunen auszuzeichnen und bekanntzumachen.

Wir werden die folgenden Anträge im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beraten: „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie „Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige“. Die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsplätze ist ein wichtiger Schritt für ein familien- und kinderfreundliches Land Nordrhein-Westfalen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Vor allem ein wichtiger Schritt für die CDU!)

Meine Damen und Herren, die Leistungen der Koalition der Erneuerung können sich sehen lassen, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir Dinge zum Wohle der Kinder in Nordrhein-Westfalen umsetzen können und dabei gleichzeitig die Haushaltssituation nicht aus dem Auge verlieren.

(Ute Schäfer [SPD]: Warum steigen dann die Kindergartenbeiträge?)

Wir machen keine Politik auf dem Rücken der Kinder.

(Zurufe von der SPD: Nein, natürlich nicht!)

Deshalb kann ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nur bitten, uns auf dem Weg im Sinne der Familien und der Kinder in unserem Land zu unterstützen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kastner, wollen Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Link beantworten?

Marie-Theres Kastner (CDU): Nein. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Jahresende ist es guter Brauch, Bilanz zu ziehen über das, was im vergangenen Jahr geschehen ist. Auch ich möchte die Bilanz eines Jahres ziehen, in dem die Landesregierung – so die schöne Rhetorik – die Kinder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen wollte.

Der Ministerpräsident hat das Jahr 2006 zum Jahr des Kindes erklärt. Er belehrte uns in seiner Neujahrsrede darüber, dass Kinder Zukunft sind, dass Nordrhein-Westfalen zum kinderfreundlichsten Land werden soll und dass es ein Land der neuen Chancen werden soll. Offenbar hat er jedoch vergessen, diese Schwerpunktsetzung mit seinem Finanzminister und seinem Familienminister abzusprechen; denn die Bilanz des Jahres 2006 ist ein Desaster für die Kinder in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In keinem anderen Politikbereich ist so gekürzt worden wie bei Familien, Frauen, Jugendlichen und Kindern. Das ist die traurige Bilanz dieses Jahres des Kindes. Die Kindergartenkinder sind das Sparopfer Nummer eins.

Die Eltern fragen sich: Wo leben wir eigentlich? Landauf, landab hören wir, es muss mehr getan werden, Eltern brauchen mehr Unterstützung, wir müssen den Elementarbereich stärken und ausbauen. Genau hier setzt jedoch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen den Rotstift an. Heute Mittag werden die Familien sowie die Erzieherinnen und Erzieher wieder vor dem Landtag stehen und gegen diese Art der Familienpolitik protestieren. Sie protestieren gegen die Kürzungen, Kürzungen – hiermit komme ich zum Haushaltsentwurf 2007 –, die mit diesem Haushaltsentwurf mit keinem Cent, mit keinem Jota zurückgenommen werden. Diese Bedingungen für Kinder, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie die Einrichtungen werden nun weiter festgeschrieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen erspare ich es Ihnen auch nicht, die Kürzungen im Einzelnen aufzuführen; denn sie wirken in das Jahr 2007 hinein. Sie haben den Kleinsten im Elementarbereich 72 Millionen € an Sachkostenzuschüssen weggekürzt. Ferner haben Sie 85 Millionen € den Kommunen weggenommen, damit sie die Elternbeiträge ausgleichen können. Das hat zur Folge – dies wirkt noch weit in das Jahr 2007 hinein –, dass viele Kommunen – wir erleben es zurzeit fast täglich – die Elternbeiträge erhöhen müssen beziehungsweise vom Innenminister gezwungen werden, diese Beiträge zu erhöhen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bezüglich der Kinderbetreuung an Ganztagschulen haben Sie die Obergrenze für die Elternbeiträge heraufgesetzt. Auch hier sind viele Kommunen gezwungen, die Elternbeiträge zu erhöhen.

Sie haben den Schülern die Zuschüsse für die Schülertickets gestrichen. Die Kinder, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule fahren, müssen jetzt mehr bezahlen.

Sie haben den Landesjugendplan von 96 Millionen € auf 75 Millionen € gekürzt. Damit stehen nun satte 21 Millionen € weniger für die Jugendarbeit zur Verfügung.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Die standen gar nicht zur Verfügung)

– Sie haben doch das Gesetz geändert. Gucken Sie doch einmal nach, was Sie bei den Haushaltsberatungen 2006 gemacht haben. Das ist doch schwarz auf weiß nachzulesen.

(Minister Armin Laschet: Sie wissen es doch und sagen es trotzdem!)

Aus den Jugendlichen werden dann junge Erwachsene. Auch dann erwischen Sie die Eltern; denn Sie schlagen mit den Studiengebühren zu.

Das alles steht unter dem Motto „Jahr des Kindes“ von Herrn Rüttgers. Ich kann mir die guten Umfragewerte von Herrn Rüttgers nur damit erklären, dass es in unserem Land immer weniger Menschen mit Kindern gibt. Diese Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird auch nicht dazu beitragen, dass es in diesem Land mehr Kinder werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Armin Laschet: Abwarten!)

Gegen Jahresende wird immer ein Spiel des Jahres ausgelobt. Diejenigen von Ihnen, die Kinder haben, wissen das. Ihr Spiel des Jahres 2006, das Sie den Eltern unter den Weihnachtsbaum legen, trägt den Titel: „Familien schröpfen“. Die-

ses Spiel ist überall in Nordrhein-Westfalen in den Geschäftsstellen von CDU und FDP erhältlich, allerdings nur wenn man Kinder hat.

Sie haben geglaubt, Sie könnten das geschickt einfädeln. Die Politstrategen haben überlegt und sind den alten Lehren von Machiavelli gefolgt: Alle Grausamkeiten begehe am Anfang, zu Beginn der Wahlperiode die schmerzhaftesten Einschnitte und gegen Ende die Geschenke.

(Minister Armin Laschet: Unter Rot-Grün gab es nie Geschenke, weder am Anfang noch am Ende!)

Aber die Menschen sind zum Glück nicht ganz so vergesslich und blöd, wie Sie sie gerne hätten. Denn die Kürzungen des Jahres 2006 wirken nach, weil sie mit keinem Cent im Haushaltsentwurf 2007 zurückgenommen werden und sich bei CDU und FDP kein Kugelschreiber geregt hat, um einen entsprechenden Haushaltsantrag zu schreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt beweihräuchern Sie sich damit, Frau Kastner, dass Sie ganze 7 Millionen € zusätzlich für die Familienzentren ausgeben wollen. Das ist doch nun wirklich lächerlich.

(Beifall von GRÜNEN und Frank Sichau [SPD])

Das ist lächerlich angesichts von Kürzungen in dreistelliger Millionenhöhe zulasten der Kinder und der Eltern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Doppelt perfide ist, dass Sie genau diese Familienzentren, die mit 1.000 € abgespeist werden – Frau Kastner, das ist noch nicht einmal eine halbe Stelle mehr, die man damit in den Einrichtungen finanzieren kann –, mit zusätzlichen Aufgaben belasten. Diese Dimensionen müssen Sie sich einmal klarmachen.

(Beifall von der SPD)

Die Erzieherinnen müssen immer neue Anforderungen schultern: Es gibt die Konzeptentwicklung der Familienzentren – dazu habe ich heute einen Antrag ins Verfahren gebracht –, die Qualifizierung für die Zertifizierung, die Koordination, die Vernetzung mit anderen Familienangeboten, die Sprachförderung usw. Dafür gibt es dann magere 1.000 € mehr im Monat. Wunderbar!

(Zurufe von der SPD)

Notwendig wären der Ausbau der Familien- und Erziehungsberatungsstellen, die ausreichende Fi-

nanzierung der Familienbildung und die Qualifizierung der Erzieherinnen: Fehlanzeige auf der ganzen Linie! Das alles findet nicht statt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen gibt es – das erleben wir im Moment bei dieser Landesregierung sehr oft – Sonntagsreden und Eigenlob darüber, dass Sie die Grausamkeiten „nur“ fortgeführt und nicht noch weitere hinzugefügt haben.

Sie machen letztendlich die Rhetorik zum Ersatz für politisches Handeln. Das, meine Damen und Herren, fördert im Land Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Rhetorik als Ersatzhandlung ist Programm Ihrer Regierung, und das nicht nur in der Familienpolitik. Aber das spüren die Menschen im Lande. Deshalb stehen sie auch draußen und protestieren, und deshalb haben sie 250.000 Unterschriften gegen diese Familienpolitik gesammelt.

Genau wie die Eltern und Erzieherinnen, meine Damen und Herren, erwarten wir Grünen, dass Sie als Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP auf die gesellschaftspolitischen Herausforderungen nicht nur mit Sonntagsreden reagieren, sondern dass sie ihnen Taten folgen lassen, wie die Stärkung des Elementarbereichs, mehr Plätze für unter Dreijährige, mehr Qualität durch eine verbesserte Ausbildung der Erzieherinnen. Das, meine Damen und Herren, sind die Anforderungen an eine moderne Familienpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Kommt doch!)

Das muss aber auch finanziert werden, Herr Minister.

(Minister Armin Laschet: Ja, natürlich!)

Davon ist jedoch in diesem Haushalt keine Spur. In diesem Haushaltsentwurf ist kein einziger Platz für die Betreuung der Kleinen im U3-Bereich ausgewiesen. Wenn Sie in diesem Tempo weitermachen, Herr Laschet, und nur auf die Umwandlung innerhalb der Budgetvereinbarung setzen,

(Minister Armin Laschet: Tue ich doch gar nicht!)

braucht es noch einmal 40 Jahre, bis ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen vorhanden ist.

(Minister Armin Laschet: Das tun wir nicht! – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das haben Sie neulich bei Einbringung des Haushaltes gesagt und auf die Budgetverhandlungen verwiesen.

Was dann wahrscheinlich auch noch kommen wird,

(Minister Armin Laschet: Ist die Hoffnung für die Menschen! – Britta Altenkamp [SPD]: Oh, mein Gott!)

sind die Vertröstungen auf ein neues Kindergartengesetz. Damit sollen dann alle offenen Baustellen in der Familienpolitik geschlossen werden.

Herr Laschet, wo ist denn eigentlich das Ergebnis des Moderationsprozesses, das uns für den 15. Dezember angekündigt war?

(Ute Schäfer [SPD]: Ja, wo ist das denn? – Frank Sichau [SPD]: In welchem Jahr? – Lachen von SPD und GRÜNEN)

Eigentlich sollten Sie doch an diesem Termin fertig sein und uns ein Ergebnis vorlegen. Der Zeitplan für die Novellierung des Gesetzes wird permanent nach hinten geschoben. Das ist auch klar; denn die Kommunen und die Träger sind offenbar überhaupt nicht glücklich über Ihren Finanzierungsvorschlag mit der Kopfpauschale.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das kann auch nicht wundern, weil mit diesem Finanzierungsmodell das gesamte Finanzierungsrisiko für Kindergärten und Kindertageseinrichtungen zukünftig auf die Träger verlagert wird.

Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag auf Ausbau der U3-Plätze zu. Die Eltern können nicht warten, bis 2008 eventuell ein neues Kindergartengesetz in Kraft tritt und etwas passiert. Erfüllen Sie Ihre Versprechen in der Kinder- und Jugendförderung. Von gebrochenen Versprechen haben die Menschen endlich genug. Das ist auch ein schlechtes Beispiel für Kinder und Jugendliche. Und stimmen Sie unserem Antrag zu, die Kommunen finanziell bei den Elternbeiträgen zu unterstützen.

Sorgen Sie dafür, dass so irrwitzige Dinge wie hier in der Stadt Düsseldorf nicht mehr passieren können. Der Rat der Stadt Düsseldorf hat nämlich mit der schwarz-gelben Mehrheit 2006 die Elternbeiträge erhöht, aber die Hundesteuer gesenkt. Meine Damen und Herren, diese Prioritätensetzung spricht für sich selbst.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eine solche Politik können die Familien und die Kinder in NRW nicht gebrauchen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich rufe Sie zu einer Wende Ihrer Politik auf. Das Haushaltsverfahren 2007 ist noch nicht beendet. Sie haben alle Chancen umzusteuern. Nutzen Sie diese Chancen im Sinne der Kinder und im Sinne der Zukunft unseres Landes!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Lindner das Wort.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Willy Brandt oder Hundesteuer?)

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat das Jahr 2006 zum Jahr der Kinder erklärt.

(Ute Schäfer [SPD]: Peinlich genug! – Zurufe von der SPD: Hört, hört! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

An dieser Ankündigung ist höchstens eines kritikwürdig, nämlich dass der Eindruck erweckt wird, wir würden am Ende dieses Jahres aufhören, der Politik für Kinder Priorität einzuräumen.

(Widerspruch von der SPD)

Das aber ist nicht der Fall.

(Beifall von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Politik für Kinder heißt eben nicht nur, auf den entsprechenden Einzelplan wie in diesem Fall auf den des Generationenministers zu schauen und kleinteilig nachzurechnen, wie viel Taler dort mehr eingestellt worden sind.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Politik für Kinder heißt vor allen Dingen auch, nachhaltig zu wirtschaften, damit die, die heute klein sind, die heute noch nicht wählen können oder die heute vielleicht noch gar nicht geboren sind, in der Zukunft auch über einen handlungsfähigen Staat verfügen können. Auch das ist Politik für Kinder.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von Horst Becker [GRÜNE] und der SPD)

Politik für Kinder heißt im Übrigen auch, Politik für Schulkinder und ihre schulische Qualifikation zu organisieren.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Da haben wir uns als Koalition ebenfalls nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil: Es wurde erreicht, dass der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen auch ausweislich amtlicher Statistiken reduziert worden ist.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Es wurde erreicht, dass zusätzliche Lehrer eingestellt worden sind. Auch das ist Politik für Kinder. Wenn Sie argumentieren, nur Kinder-, Jugend- und Familienpolitik im technokratischen Sinne

(Widerspruch von der SPD)

komme Kindern und Familien zugute, ist das eine verkürzte Darstellung. Sie leistet einen und einen wichtigen Beitrag zu einem kinder-, jugend- und familienfreundlichen Nordrhein-Westfalen. Aber es kommt darauf an, dass der Politikansatz einer Koalition die Interessen der Kinder und Jugendlichen insgesamt in den Blick nimmt. Da haben wir uns nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil: Wir haben die Politik der fortwährenden Überlastung der öffentlichen Haushalte beendet.

(Ursula Meurer [SPD]: Fragen Sie die Kommunen!)

Sie haben auch durch Ihre Abwahl nichts gelernt. Das belegen Ihre durch nichts gedeckten Haushaltsänderungsanträge. Sie haben sogar die Chuzpe, Anträge zu stellen, die Sie selbst als Regierung abgelehnt haben, wie etwa die Beitragsfreistellung des Kindergartens. Als wir das vor einigen Jahren, den Bund mit in die Verantwortung nehmend, hier beantragt haben, haben die beiden jetzigen Oppositionsfraktionen das rundherum abgelehnt. Heute treten Sie mit fadenscheinigen Gegenfinanzierungsvorschlägen vor das staunende Publikum und erhoffen, noch die eine oder andere Stimme für sich zu gewinnen.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das Publikum staunt am allermeisten über Ihre Kapriolen!)

Das werden Ihnen die Menschen so nicht durchgehen lassen.

Wir haben uns bei der Kinder- und Familienpolitik eine Menge vorgenommen und inzwischen nach anderthalb Jahren – dank der Tätigkeit des Ministers sowie der Unterstützung des Finanzministers und der Koalitionsfraktionen – durchaus Beachtliches vorzuweisen.

(Zuruf von der SPD: „Durchaus“!)

Bei den Kindertageseinrichtungen haben wir einen Qualitätsentwicklungsprozess eingeleitet, der mit dafür Sorge trägt, dass sich die Einrichtungen

nach innen öffnen – für neue Bedürfnisse von Kindern und Familien – und nach außen in den Sozialraum öffnen: für die Kooperation mit anderen Einrichtungen. Das läuft unter der Überschrift Familienzentrum. In Wahrheit ist es vor allen Dingen ein Qualitätsentwicklungsprozess.

Wir richten dabei den Blick auch auf die fachliche Arbeit, die von zahlreichen Einrichtungen aus der guten Praxis heraus ohnehin schon geleistet worden ist. Aber wir begleiten wissenschaftlich, wir geben durch ein Qualitätszertifikat neue Qualitätsanreize, und wir fördern finanziell mit immerhin 1.000 € zusätzlich pro Monat. Damit müssen wir uns wahrlich nicht verstecken. Denn Sie als Vorgängerregierung haben seinerzeit bei den sogenannten Erprobungsmaßnahmen des GTK ausdrücklich eine Weiterentwicklung in Richtung Familienzentrum ausgeschlossen.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Unsinn!)

Wir haben also mit dem Prozess der Familienzentren, der im Land hervorragend ankommt, Versäumnisse der Vorgängerregierung abgearbeitet. Die Einrichtungen brennen darauf, sich zu beteiligen. In den Kommunen geht davon auch eine Strahlwirkung auf die Einrichtungen aus, die nicht teilnehmen. Deshalb war das richtig, und wir werden diesen Weg entschieden weitergehen.

Was die finanzielle Förderung des Bereichs GTK im Landeshaushalt angeht, finden wir nunmehr wie im Vorjahr 875 Millionen € vor. Mehr ist wünschbar. Aber wir müssen auch den Vergleich mit anderen Bundesländern bemühen.

(Carina Gödecke [SPD]: Ach!)

– Frau Gödecke, das müssen Sie sich schon gefallen lassen. – Da sind wir mit einem Finanzierungsanteil des Landes von 30,5 % an den Gesamtbetriebskosten wahrlich nicht ganz hinten, nicht einmal im Mittelfeld, sondern im vorderen Feld

(Britta Altenkamp [SPD]: Deshalb wollten Sie die Kopfpauschale!)

trotz der bedauerlicherweise erforderlichen Konsolidierungsbeiträge, die nicht von uns, sondern zuerst von Ihnen eingefordert worden sind.

Gleichwohl gibt es in einzelnen Einrichtungen Probleme betriebswirtschaftlicher Natur. Deshalb haben wir schon im vergangenen Jahr ein Sonderprogramm „Frühförderung von Kindern“ eingeführt, dotiert mit 23 Millionen €, das jetzt noch näher an das GTK herangebracht wird. Aus diesem Topf werden sich alle Einrichtungen – ich bin

dankbar für die Klarstellung des Ministers bei der Beantwortung einer Frage aus der Opposition –, egal welcher Trägergruppe, bei betriebswirtschaftlichen Problemen bedienen können.

(Carina Gödecke [SPD]: Damit führen Sie das Programm ad absurdum! Was erzählen Sie hier?)

Wir wollen hoffen, dass viele davon Gebrauch machen, wenn es solche Probleme vor Ort gibt.

Wir haben uns auf den Weg gemacht – das ist von der Opposition angesprochen worden –, einvernehmlich mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtsbelege und den Kommunen ein neues Kindergartengesetz vorzubereiten. Da ist es völlig natürlich, liebe Frau Asch – weil auch die Träger unterschiedliche Interessen vertreten –, dass am 15. Dezember möglicherweise wegen der unterschiedlichen politischen Prioritätensetzungen und Wünsche noch kein Endergebnis hat vorliegen können.

(Zuruf von der SPD: Wer hat den Termin erfunden!)

Das allein ist doch kein Vorwurf, den man der Landesregierung machen kann, wenn sie bereit ist, Zuwendungsempfänger und Kommunen so eng in einen Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Wann gab es das in der Vergangenheit, dass Zuwendungsempfänger mit am Tisch saßen und über die Eckpunkte eines Gesetzes mit entschieden haben?

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der SPD)

– Nein, das können Sie mit der Steuerungsgruppe nicht vergleichen. Einen vergleichbaren Prozess gab es zuletzt – das will ich Ihnen gerne zugestehen – im Jahre 1990. Danach haben Sie die Einsparungen, insbesondere die rabiaten Einsparungen von 400 Millionen DM des Jahres 1998, ohne Rücksprache dekretiert.

(Beifall von der CDU)

Hinzu kommt: Sie haben nicht einmal darauf geachtet, dass etwa die Zusagen von bestimmten Trägergruppen eingelöst werden.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

– Das weiß ich ganz gut, Britta Altenkamp. Und das wissen Sie auch.

Wir haben auch – da bin ich dem Minister dankbar –

(Britta Altenkamp [SPD]: Darauf warte ich die ganze Zeit schon!)

zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung mehr Mittel für das GTK in die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2008 fortfolgende in der Größenordnung von 900 Millionen € plus x eingebracht hat.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wieder so ein Versprechen!)

Das neue GTK wird also kein Spargesetz werden. Es wird ein Gesetz werden, mit dem wir die Qualität des Bildungsauftrags verbessern und die Quantität insbesondere im Bereich der unter Dreijährigen erhöhen.

Ich muss mich ein wenig sputen. Wenn man frei spricht, hat man das Problem, dass man für manche Aspekte mehr Zeit aufwendet, als eigentlich mit Blick auf die knappe Redezeit empfehlenswert ist.

Deshalb zum Kinder- und Jugendförderplan in Stichworten: Wir stellen 75 Millionen € plus 4,5 Millionen € für ein Sonderprogramm zur Verfügung.

(Beifall von der CDU)

Erstmals werden die im Haushaltsjahr nicht verausgabten Gelder auch im nächsten Jahr wieder zur Verfügung stehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben diese immer eingesammelt und möglicherweise auf administrativem Wege dafür gesorgt, dass nicht alles abfließt. Ich sage: möglicherweise. Das ist eine Frage, kein Vorwurf. Wir machen das ehrlich. Das eingestellte Geld bekommen die Träger notfalls ein Jahr später.

Sie haben in der Vergangenheit das 4,5-Millionen-€-Sonderprogramm kritisiert. Damit könnte man fachlich gar nichts mehr machen. Das sei ein Schnellschuss.

Jetzt kommen die Rückläufe. Nun sehen wir, welche Projekte umgesetzt worden sind. Ich nenne hier nur das Projekt „Global Dance“, ein Tanz- und Theaterprojekt im Dortmunder Norden, das sich insbesondere an benachteiligte Jugendliche gerichtet hat. Es ist ein Erfolg der kulturellen Jugendarbeit, der ohne dieses Sonderprogramm nicht möglich gewesen wäre.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist nicht wahr! Wenn Sie den Landesjugendplan nicht gekürzt hätten, hätten Sie sehr viele Projekte durchführen können!)

Reden Sie das also nicht weiter schlecht, ohne Kenntnis in der Sache zu haben!

Ich freue mich insbesondere, dass es mit Unterstützung der Unionsfraktion und der Landesregierung gelungen ist, eine Initiative der FDP-Fraktion mit in den Haushalt einzuspeisen, nämlich die Stärkung der Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen. Hier werden 300.000 € zusätzlich bereitgestellt, um die Kommunen zu informieren, um zu koordinieren, um zusätzliche Angebote zu machen. Wir freuen uns sehr, dass das möglich geworden ist. Die, die länger fachpolitisch tätig sind, wissen, dass dies immer ein Anliegen der FDP-Fraktion war.

In der Integrationspolitik hat ein Umsteuerungsprozess begonnen, an dessen Ende Integrationsagenturen stehen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn Sie jetzt auch noch behaupten, dass Sie diesen Prozess eingeleitet haben, hänge ich mich auf!)

Dafür stehen 6,7 Millionen € zur Verfügung, also 13 % mehr als im vergangenen Jahr. Diese Initiative im Bereich der nachholenden Integration begrüßen wir sehr. Sie war im Übrigen überfällig.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Asch?

Christian Lindner (FDP): Ich hatte darauf gehofft; denn dann habe ich noch ein bisschen Zeit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann machen wir das noch. Bitte schön.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Lindner, haben Sie einmal nachgerechnet, wie viel von den von Ihnen für Partizipationsprojekte zur Verfügung gestellten 300.000 € auf jede einzelne Schule in Nordrhein-Westfalen entfallen würde? Wenn ich richtig rechne, sind es wenige Cent, die pro Schule ankommen.

(Minister Armin Laschet: Was hat das denn mit Schulen zu tun?)

Christian Lindner (FDP): Liebe Frau Asch, das hat mit Schulen überhaupt nichts zu tun. Es richtet sich an Kommunen, an die Akteure der kommunalen Jugendhilfe, an Jugendverbände und an Träger von Einrichtungen. Im Übrigen: Es sind 300.000 € mehr als bisher; denn Sie haben dafür gar nichts eingesetzt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Weil Sie eben über Rhetorik gesprochen haben: Sie haben neulich einen wohlmeinenden Antrag zu diesem Thema eingebracht. In der 13. Wahlpe-

riode haben Sie aber alle Initiativen der Unions- und der FDP-Fraktion abgebügelt. Daher haben Sie jetzt kein Recht, in dieser Frage zu unken.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Christian Lindner (FDP): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Kollegin Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Herr Lindner, ich habe eben sehr aufmerksam Ihren Ausführungen über die Bedeutung von Partizipation gelauscht und frage mich allen Ernstes: Warum haben Sie im aktuellen Schulgesetz die Mitwirkung und Beteiligung der Schüler an Schulkonferenzen, dem Lebens- und Lernort von Schülerinnen und Schülern schlechthin, gestrichen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das geht sogar ohne ein großes Förderprogramm, nämlich indem man die aktive Beteiligung in der Schule fördert. Warum haben Sie das gestrichen?

Christian Lindner (FDP): Das will ich Ihnen gerne erklären, Frau Ministerin a. D. Wir sind zu einem in der Praxis lange bewährten Modell zur Organisation der Schulkonferenz zurückgekehrt.

(Zuruf von der SPD: Peinliche Antwort!)

Wir haben uns entschieden, die Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen inklusive der Wahl des Schulleiters insgesamt zu vergrößern. Damit haben wir die Lehrerinnen und Lehrer stärker in die Verantwortung für die Ergebnisse ihrer einzelnen Schule und auch für deren Profilbildung genommen. In der Sache ist es dann nur gerechtfertigt, dass diejenigen, die sich verantworten müssen, die Profis, auch wieder stärker mitreden können, so wie das Jahre und Jahrzehnte zuvor der Fall war.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der SPD)

Es ist also mitnichten ein Beschneiden der Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler, sondern die Rückkehr zu dem, was sich in der Praxis über Jahre und Jahrzehnte bewährt hat.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Wenn man im Lexikon unter

dem Stichwort „Täuschung“ nachguckt, findet man Ihr Bild!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. Es liegen keine weiteren Zwischenfragen vor. Ihre Redezeit ist beendet. Ich bedanke mich für Ihre Ausführungen.

Ich will mir nicht den Hinweis verkneifen, dass der Einzelplan 05 erst demnächst aufgerufen wird. Derzeit befinden wir uns noch beim Einzelplan 15. Dazu spricht jetzt für die Landesregierung der dafür zuständige Minister. Herr Laschet, bitte.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte um den Haushaltsplan des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration ist eine Debatte um die großen Themen der Gesellschaft und die Perspektiven für junge Menschen, die im Mittelpunkt der heutigen Debatte stehen. Die Landesregierung hat einen Haushaltsplan aufgestellt, der diesen Aufgaben gerecht wird.

Bei manchen Reden, insbesondere bei der Rede der Frau Kollegin Asch, hatte ich den Eindruck, dass die Reden des Vorjahres gehalten wurden.

(Beifall von der CDU)

Im Haushalt dieses Ministeriums steht für das Jahr 2007 nämlich trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung, die jedes Ressort zu leisten hat, genauso viel Geld zur Verfügung wie im Vorjahr.

(Beifall von der CDU)

Da die Kinderzahl zurückgeht, bedeutet das ein Mehr an Geld für Kinder und die entsprechenden politischen Aufgaben.

(Beifall von der CDU)

Dieses Jahr war das „Jahr des Kindes“. In diesem Zusammenhang müssen Sie sich auch einmal die Medienberichterstattung ansehen. Beispielsweise ist man bei „Westpol“ am letzten Sonntag einmal nicht mit der Polemik an die Sache herangegangen, mit der Sie das tun, sondern hat schlicht und einfach jeweils die Zahlen und Fakten des Jahres 2005 und des Jahres 2006 addiert. Unter dem Strich ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass es mehr Geld für Kinder, für Jugendliche, für die Bildung von Kindern gibt. Deshalb war 2006 ein gutes Jahr für die Kinder in diesem Land.

(Beifall von der CDU – Zurufe von Britta Altenkamp [SPD] und Ute Schäfer [SPD])

Ich kann das auch gerne begründen. Was hilft Kindern denn? Kindern hilft, wenn ihre Chancen auf Entwicklung und auf Bildung in dieser Gesellschaft verbessert werden. Wenn es 100 Ganztags Hauptschulen mehr gibt, erhöht das die Chancen der Kinder, um die Sie sich vorher nicht gekümmert haben und die nun endlich Lebensperspektiven bekommen.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir die Sprachförderung verdoppeln, erhöht das die Perspektiven für 40.000 Kinder, die jetzt die Chance haben, mitzukommen, wenn sie in die Schule kommen.

(Beifall von der CDU)

Bisher litten diese Kinder unter den Versäumnissen Ihrer Politik, die Ihnen Pisa jedes Mal attestiert hat.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

– Sie sind die beste Zwischenruferin bei diesem Tagesordnungspunkt, Frau Kollegin Schäfer. Ihre Pisa-Bilanz ist ein Armutszeugnis für Zuwandererkinder in diesem Land. Ich würde hier nicht mehr dazwischenrufen.

(Beifall von CDU und FDP)

2006 ist das „Jahr des Kindes“. Die Kinder wissen ganz genau, dass es ihnen Perspektiven eröffnet hat. Das ist etwas anderes als die Akrobatik, die Sie heute hier vollziehen müssen, um zu errechnen, dass es weniger Geld für Kinder gibt. Das ist Akrobatik. Bei uns steht das einzelne Kind im Mittelpunkt und wird von dieser Politik profitieren.

Auch die 2,5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall weniger sind ein Dienst an Kindern.

(Beifall von der CDU)

Auch das ist ein Erfolg im „Jahr des Kindes“, das der Ministerpräsident ausgerufen hat.

Wenn das Ausrufen eines „Jahrs des Kindes“ im Ergebnis bedeutet, dass für Kinder so viel mehr geschieht wie im Jahr 2006, dann wünsche ich mir, dass der Ministerpräsident noch viele Jahre für Kinder ausruft. Die Politik, die wir vorhaben, hat genau dieses Ziel.

(Beifall von CDU und FDP)

Da Sie mit Ihrer Zahlenakrobatik nicht weitergekommen sind, haben Sie nun die Familienzentren kritisiert. Sie haben den Prozess kritisiert, der hier im Moment abläuft. Der Weg, den wir gewählt haben, ist ein anderer Weg als der, der bisher üblich war. Sie haben mit viel Geld Modellprojekte an ein

paar Standorten im Lande gemacht. Diese Standorte haben mehr oder weniger gut funktioniert. Danach war das Projekt beendet.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie haben uns immer vorgehalten, dass wir die nicht beendet haben!)

Wir haben den umgekehrten Weg gewählt: Wir haben den Grundgedanken, dass man Familienbildung und Familienberatung mit der Kindertagesstätte zusammenlegt und für diese Vernetzungsarbeit, die die Kindertagesstätte zu leisten hat, mehr Geld bereitstellt, mit den Einrichtungen umgesetzt. Manche Kommunen haben gemurrt: Wieso habt ihr uns nicht beteiligt? Wieso geht ihr direkt an die Einrichtungen heran? – Wir wollten in dieser ersten Phase wissen: Was denken die Erzieherinnen und Erzieher vor Ort? Wie reagieren die Menschen, die tagtäglich mit Kindern zusammenarbeiten, auf einen solchen Vorschlag der Landesregierung?

Wir haben gehofft, dass es vielleicht gelingt, in jedem der 178 Jugendamtsbezirke ein Familienzentrum in Gang zu setzen, einen zu finden, der diese Idee aufgreift. Beworben haben sich 1.000. Von denen haben wir 253 ausgewählt, um eine Trägervielfalt herzustellen. Wir sind mitten in diesem Prozess.

Wie man dies schlecht reden kann, verstehe ich nicht. Sie reden nicht die Landesregierung schlecht. Die wird ihre Kritik auch am heutigen Tag überstehen. Aber Sie reden die Arbeit der 1.000 Kindertageseinrichtungen schlecht, die genau das wollen.

(Beifall von der CDU)

Sie reden – auch mit Ihrer Presseerklärung – die Menschen schlecht, die in Hamm gegessen haben, 1.000 Erzieherinnen und Erzieher, die gesagt haben: Endlich greift Politik eine Idee auf, die von uns schon lange entwickelt wurde, die bisher aber von keiner Landesregierung aufgegriffen worden ist.

Im neuen Kindergartengesetz, das wir zurzeit vorbereiten, wird diese Aufgabe erstmals landesgesetzlich verankert. Zum ersten Mal sind die Einrichtungen nicht nur aufgerufen, etwas zu machen, sondern sie haben eine gesetzliche Grundlage und eine Finanzierung für ihre Arbeit. Allein diese eine Baustelle ist ein derart qualitativer Sprung für die Kindertagesstätten, dass allein dieser eine Punkt die Qualität des neuen Gesetzes belegt.

Das ist aber nicht der einzige Punkt, der hinzukommt. Sprachförderung als Aufgabe frühkindli-

cher Bildung wird ebenfalls erstmals in einem Gesetz verankert. Es wird das dem neuesten Stand der Diskussion über frühkindliche Bildung entsprechende Gesetz in ganz Europa werden. Das wird das modernste Kindergartengesetz, das kindgerecht fördert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Schon wieder so ein Versprechen!)

– Das ist kein Versprechen, Frau Altenkamp.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nach den Erfahrungen mit der Landesregierung ist das eine Drohung, das ist kein Versprechen! – Oh-Rufe von der CDU)

– Ich weiß nicht, welche Erfahrungen Sie mit Landesregierungen gemacht haben. Herr Lindner hat eben ein Beispiel vorgetragen: Wir gehen einen sehr offenen Weg des Gesprächs. Deshalb dauert das manchmal ein paar Tage länger. So viel Zeit muss sich Politik nehmen, will man im Konsens beteiligen und die Menschen mitnehmen. Dass die Landschaft so skeptisch ist und die Menschen beim Stichwort „Reform“ gleich denken, ihnen werde etwas weggenommen, geht auf die Erfahrungen aus den Jahren 1998, 1999, 2000 und 2003 zurück, als Sie in den Systemen brutal gekürzt haben. Daran haben wir bei unserem konstruktiven Weg heute noch mitzutragen, weil die Menschen insgesamt skeptisch gegenüber Politik geworden sind.

(Beifall von der CDU)

Deshalb sind die Menschen manchmal ganz überrascht, dass wir sagen: Wir wollen das im Konsens. Wir machen ein Verfahren, in dem nicht der Minister ins Kabinett geht und Eckpunkte einbringt, sondern in dem, bevor der erste Eckpunkt vorgelegt wird, mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen besprochen wird, wie wir es schaffen, mehr frühkindliche Bildung in ein solches Gesetz hineinzubringen. Das ist ein neuer Weg. Das ist für Sie vielleicht ungewohnt, weil Sie hier 39 Jahre lang arrogant regiert haben.

(Beifall von der CDU)

Wir nehmen die Menschen ernst und machen bei einem solch wichtigen Gesetz einen langen Konsultationsprozess.

Deshalb steht jetzt die Aussage: Es wird in Zukunft pro Kind gesteuert. Die Einrichtung, die mehr Geld braucht, weil ihr Förderbedarf größer ist, wird mehr Geld bekommen. Das ist die Systematik einer Pro-Kind-Förderung.

(Monika Düker [GRÜNE]: Erhöhte Elternbeiträge!)

– Wir reden gerade nicht über Elternbeiträge. Über die können wir auch reden, Frau Düker. Wir können jetzt auch über den Jäger 90 oder den Afghanistan-Konflikt reden. Ich rede gerade über ein neues Kindergartengesetz. Wir arbeiten dafür, dass pro Kind eine kindgerechtere Steuerung erreicht wird. Wir sind auf einem Weg, das zu schaffen, und werden diese Debatte noch führen. Sie wird uns das ganze Jahr 2007 über beschäftigen, das zu einem Jahr der Bildung für Kinder im Elementarbereich werden wird. Der Bereich der frühkindlichen Förderung gewinnt dann auch eine gesetzliche Systematik. Diesen Dialog werden wir führen.

Man kann heute schon sagen: Ab dem Jahr 2008 werden die Kinderzahlen sinken, aber die Gelder für das Kindergartensystem steigen.

(Beifall von der CDU)

Diese Aussage ist die Grundvoraussetzung für ein neues Gesetz. Wer mehr Bildung will, muss auch mehr Geld geben. Dies hat sich die Landesregierung für das Jahr 2008 vorgenommen. Im Jahre 2007 ist es plus/minus null. Aber selbst plus/minus null ist ein großer Erfolg für Kinder und Jugendliche in diesem Land: weil wir die Qualität verbessern, weil wir zielgerechter fördern und weil wir uns mehr um Kinder kümmern, als dies in den letzten Jahren hier üblich war.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Für die Fraktion der SPD wollte Frau Kollegin Altenkamp sprechen.

(Britta Altenkamp [SPD] winkt ab.)

– Sie winkt gerade ab. Ich nehme das so zur Kenntnis.

Wenn, was offenbar der Fall ist, keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum **Teilbereich „Frauen“**.

Für diesen Teilbereich hat sich zunächst Frau Abgeordnete Kieninger von SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte.

Gerda Kieninger (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen 2007 werden für den Gleichstellungshaushalt Einzelplan 15 Kapitel 15 035 durch Trauerfeiern im ganzen Land begleitet. Das Totenglöckchen läutet für die Regionalstellen und auch für die Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Die ers-

ten Regionalstellen sind bereits geschlossen: Gronau, Düsseldorf, Bielefeld. Weitere werden folgen.

Frauenpolitik ist für diese Landesregierung gleich Familienpolitik. Einzig und allein die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch ein Thema der Frauenpolitik.

Nachdem mit dem Haushalt des Jahres 2006 die Netzwerke im Bereich Gewaltschutz und Frauengesundheit durch drastische Kürzungen im Gleichstellungshaushalt zerschlagen wurden, wird die Axt in diesem Haushalt an den Regionalstellen angesetzt. Bewährte Strukturen werden zerschlagen und nicht – wie von Minister Laschet zugesagt – konzeptionell weiterentwickelt. Die neuen Angebote lassen auf sich warten. Das ist von den Koalitionsfraktionen politisch so gewollt. Alibianteile sollen davon ablenken, dass Frauenpolitik nicht mehr auf der Agenda steht.

(Beifall von der SPD)

Das ist die Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Existenzgründerinnen werden alleine gelassen. Berufswahlorientierung für Mädchen findet nicht mehr statt. Wie geht es mit dem Unternehmerinnenbrief weiter? Antwort auf eine Kleine Anfrage Drucksache 14/3125: Kooperationspartner zeichnen sich ab. – Zeichnen sich ab: Die müssen dann wahrscheinlich noch geschult werden, während gleichzeitig die kompetenten Frauen aus den Regionalstellen in die Arbeitslosigkeit gehen.

Wiedereinsteigerinnen bekommen ab Mitte 2007 eine Hotline W. Da ruft Frau dann an – und los geht's: Haben Sie eine abgeschlossene Berufsausbildung, dann drücken Sie bitte die Taste 1. Haben Sie keine, drücken Sie bitte die Taste 2. Sind Sie länger als drei Jahre aus dem Beruf, drücken Sie die Taste 3. Länger als zehn Jahre, die Taste 5. Sind Sie älter als 35 Jahre, drücken Sie die Taste 6. Sind Sie älter als 55 Jahre, drücken Sie die Taste 8. – So geht es dann weiter. Darauf freut Frau sich schon.

Scheinbar ist der Kernbereich des Frauenhaushaltes von weiteren Kürzungen verschont geblieben. Faktisch stellen wir aber fest, dass das Geld überall dort, wo es konkret um Frauenpolitik geht, von der Koalition der Täuschung und Enttäuschung einfach gestrichen wird.

Angeblich wird jetzt in allen Politikbereichen gegendert. Minister Laumann streicht kurzerhand die ESF-Mittel für das Programm „Regionen stärken

Frauen“. Wenn der Leiter der Regionalagentur Aachen dies öffentlich macht, wird er kurzerhand entlassen oder es gibt keine Fördermittel für die Region mehr. Frei nach Gutsherrenart!

Fragt Frau nach, ob EU-Fördermittel – wie von der EU vorgegeben – gegendert werden, gibt es beim Werkstattjahr die Antwort auf eine Kleine Anfrage Drucksache 14/2252:

„Das Werkstattjahr wird zurzeit evaluiert. Dabei werden auch die Daten der Teilnehmenden getrennt nach Geschlechtern erhoben.“

Horch, horch!

„Ein erster Zwischenbericht wird im November 2006 erwartet.“

Gender-Mainstreaming setzt aber zu Beginn einer Maßnahme an. Es kann nicht nach dem Motto gehen: Mal sehen, was passiert; vielleicht waren ja auch Frauen dabei.

(Beifall von der SPD)

So viel zum Thema Gender-Mainstreaming!

Das Hochschulfreiheitsgesetz bringt spürbare Verschlechterungen für die Frauen im Hochschulbereich.

(Christian Lindner [FDP]: Was?)

Mit dem Wegfall der Mittel für die Gleichstellungsbeauftragten und die Lise-Meitner-Stipendien wird die Frauenförderung bis ins Mark getroffen. Wenn über die Lise-Meitner-Stipendien keine neuen Berufungen gefördert werden, wer soll dann Projektmittel einwerben?

Auch die hochschulübergreifende Koordinierungsaufgabe wie die LaKoF oder das Netzwerk Frauenforschung sind in Gefahr. In Gutsherrenmanier antwortet Minister Pinkwart in Vorlage 14/834: Sie werden auch zukünftig unterstützt werden können. – Der Minister meint damit die Mittel aus der Titelgruppe 64. Da ist aber weder von der LaKoF noch vom Frauennetzwerk die Rede. Was heißt denn „werden können“? Nach Lust und Laune der Landesregierung? Wenn es der Landesregierung mit der Förderung ernst wäre, stünde es im Haushaltsplan.

(Beifall von der SPD)

Nach knapp zwei Jahren schwarz-gelber Landespolitik stelle ich fest, dass so gut wie alle Frauennetzwerke zerschlagen sind: im Gewaltbereich, im Bereich Frau und Beruf und im Gesundheitsbereich. Wie es an den Hochschulen weitergeht, werden wir sehen. Damit sieht die nicht mehr ganz neue Landesregierung ganz schön alt aus.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lindner, Frau Abgeordnete Kieninger?

Gerda Kieninger (SPD): Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank. – Frau Kollegin, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass sich die Berufung von Professorinnen in den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Hochschulen erstmals finanziell positiv für die Hochschulen auswirken wird? Sehen Sie darin nicht auch das Nachholen eines unter Gender-Gesichtspunkten großen Versäumnisses der Vorgängerregierung?

(Zuruf von der CDU: Sehr gute Frage!)

Gerda Kieninger (SPD): Nein, Herr Lindner, das sehe ich nicht. Die Zielvereinbarungen sind noch nicht abgeschlossen, und von vielen Hochschulen höre ich, dass dieser Bereich sehr wohl gestrichen wird.

Außerdem gab es bei der alten Landesregierung durchaus Vereinbarungen mit einem Bonus-Malus-System zur Förderung der Frauen und auch für die Professuren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kieninger. – Für die CDU hat jetzt Frau Westerhorstmann das Wort. Bitte.

Maria Westerhorstmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Für den Bereich der Frauenpolitik gilt das, was meine wertvolle Kollegin Kastner zu Einzelplan 15 bereits insgesamt ausgeführt hat. Die Landesregierung hat hier eine solide und seriös gerechnete Vorlage geliefert, für die ich mich an dieser Stelle zunächst einmal ausdrücklich bedanke.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf die wesentlichen Schwerpunkte der frauenpolitischen Arbeit der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen kurz näher eingehen.

Da ist zunächst der Bereich der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zu nennen. Hier gibt es in diesem Jahr trotz der dringend bestehenden Not-

wendigkeit der Fortführung der im letzten Jahr eingeleiteten Haushaltskonsolidierung keine weiteren Einsparungen. Das ist erfreulich. Wir wissen um die Notwendigkeit der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und werden die vorhandenen Frauenhilfstrukturen daher wie im Vorjahr finanziell unterstützen.

An dieser Stelle muss auch einmal gesagt werden, dass Ihre immer wieder mit aller Dramatik geschilderten Katastrophenszenarien – wie erwartet – nicht eingetreten sind. Es mussten weder Einrichtungen schließen, noch standen von Gewalt bedrohte Frauen ohne Unterstützung da. Dies gilt im Übrigen auch für die von Ihnen befürchtete Flut von Zwangsprostituierten anlässlich der Fußballweltmeisterschaft, die ebenfalls nicht eingetreten ist.

Mit unserem Antrag „Wirksame Maßnahmen gegen Zwangsverheiratungen ergreifen“ haben wir in diesem Jahr das wichtige Thema Zwangsheirat angestoßen und die Erarbeitung eines wegweisenden, mehrere Punkte umfassenden Handlungskonzepts auf den Weg gebracht.

Minister Laschet hat erst vor wenigen Wochen die Postkarten der in diesem Zusammenhang erarbeiteten Kampagne „Ihre Freiheit – seine Ehre“ vorgestellt. Der umfassende Zwischenbericht der Landesregierung zum Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat liegt uns bereits vor. Die Landesregierung hat hier hervorragende Arbeit geleistet und wird ihre erfolgreiche Arbeit in den kommenden Monaten fortführen.

(Beifall von der CDU)

Die geplante Onlineberatung der von Zwangsheirat betroffenen Frauen und Mädchen wird hierbei ein wichtiger wesentlicher Baustein sein.

Hervorheben möchte ich weiterhin den Bereich der beruflichen Gleichstellung. Hier gibt es in der Tat noch viel zu tun. Mit der von der alten Landesregierung übernommenen zweitniedrigsten Frauenerwerbsquote wollen und können wir uns nicht zufriedengeben. Frauen sollen die gleiche Chance zur Teilnahme am Erwerbsleben haben wie Männer.

Wir begreifen Frauenpolitik daher als echte Querschnittsaufgabe. So ist es für uns selbstverständlich, dass die jeweils betroffenen Ressorts sich auch um die besonderen Belange von Frauen kümmern.

Und hier ist diese Zielvereinbarung, die der Wissenschaftsrat getroffen hat, um mehr Frauen in die Professuren zu bringen, ein richtiger Weg. Denn auf mehr Freiwilligkeit beruht die ganze Sa-

che. Nur so werden wir es, auf Dauer gesehen, auch geregelt bekommen.

Diese Neuausrichtung der Frauenpolitik wird im Übrigen nicht überall so negativ gesehen, wie Sie es den Menschen glauben lassen wollen, meine Damen und Herren von der Oppositionsfraktion.

(Ursula Meurer [SPD]: Wir haben auf dem Podium letzte Woche gesehen, wie positiv das bewertet würde!)

Vielmehr wird diese Neuausrichtung als echte Chance betrachtet.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja, von Ihnen!)

Wir wollen Mädchen und Frauen gezielter als bisher fördern. Daher haben wir uns mit unserer Initiative „Mädchen fit machen für die Zukunft – Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie zum Girl's Day 2005 ziehen“ für eine bessere Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen im Rahmen der Berufswahl und Berufsvorbereitung stark gemacht. Wir wollen Mädchen und junge Frauen für Berufe mit aussichtsreichen beruflichen Perspektiven interessieren und entsprechend fördern.

Weiteren Handlungsbedarf sehen wir auch bei Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund, die häufig trotz guter Leistungen beim Übergang von Schule in Beruf Schwierigkeiten haben.

Zudem gilt unser besonderes Augenmerk der Förderung von Frauen in Führungspositionen. Mit Mentoring-Programmen sollen entsprechend qualifizierte junge Frauen bei ihrem beruflichen Aufstieg unterstützt werden.

Fördern werden wir auch die Frauen, die planen, sich selbstständig zu machen. Auch hier sehen wir einen deutlichen Nachholbedarf.

(Britta Altenkamp [SPD]: Bei Ihnen!)

Der Unternehmerinnen-Brief, der von Ihnen auf den Weg gebracht worden ist, wird von uns auf das ganze Land ausgedehnt werden. Ich glaube, das ist die richtige Antwort darauf. Reden wir dieses Projekt nicht klein!

Betonen möchte ich an dieser Stelle auch, dass die von uns auf den Weg gebrachten familienpolitischen Initiativen nicht nur, aber vor allem auch uns Frauen zugute kommen. Der Ausbau von Familienzentren, die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen, der Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige:

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

All dies sind Maßnahmen, von denen auch Frauen profitieren. Wir können uns darüber freuen, dass unser Minister nicht nur eine familienfreundliche, sondern auch eine frauenfreundliche Politik macht. Da kann ich nur sagen: Weiter so! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Westerhorstmann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Westerhorstmann, man kann versuchen, auch den desolatesten Zustand und negative Sachen schönzureden. Aber Sie sind doch Mitglied im Vorstand des Frauenrates NRW, dem Verband, dem alle Frauenverbände und Frauenorganisationen in Nordrhein-Westfalen angehören. Ich weiß nicht, ob Sie, seit Sie die Landesregierung stellen, die Bodenhaftung verloren haben. Ich weiß, dass Sie zumindest beim letzten Mal, als wir über Regionalstellen geredet haben, nicht da waren. Wenn die Frauenverbände Ihre heutige Rede lesen, in der Sie versuchen, die Frauenpolitik der neuen Landesregierung schönzureden, werden sie die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie attestieren Ihnen, dass dies keine Frauenpolitik ist, sondern das größte Roll-Back in der Geschichte der Frauenpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU)

– Natürlich ist es das. Wir hatten noch kein größeres.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie können es im nächsten Jahr noch toppen. Das bleibt zu vermuten. Das, was im Moment passiert, ist aber ein Roll-Back.

Herr Laschet, Sie haben eben meiner Kollegin Asch vorgeworfen, sie würde bei bestimmten Punkten über den Haushalt im letzten Jahr reden. Aber der neue Haushalt setzt ja darauf auf. Sie haben im letzten Jahr ziemlich klar und deutlich den Rotstift bei den Frauenhäusern angesetzt. Sie haben bestimmte Vernetzungsstrukturen reduziert. Sie haben die Frauenhausstelle gestrichen.

Frau Westerhorstmann, Sie sagen, das habe keine Auswirkungen. Natürlich hat es Auswirkungen. Über die Konsequenzen werden wir im nächsten

Jahr reden müssen, wenn wir die Auswertungen, die Istanalyse des Jahres 2006 haben. Dann können wir sehen: Wie viele Plätze konnten denn in Frauenhäusern weniger bereitgestellt werden? Wie viele Kinder konnten nicht mit aufgenommen werden? Wie oft mussten Frauen vertröstet werden, weil bestimmte Angebote nicht vorhanden sind, vor allen Dingen Maßnahmen, die hinterher in der Begleitung, die in der Nachbetreuung von Frauen stattfinden? Wie viele Angebote an Telefonbereitschaft konnten nicht zur Verfügung gestellt werden? Da können Sie hier nicht so tun, als ob die Stellenreduzierung überhaupt nichts ausgemacht hätte. Natürlich hat sie etwas ausgemacht. Darüber werden wir im kommenden Jahr reden müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie stellen sich hierhin und sagen: Super! Wir als Koalition haben die Zwangsverheiratung auf die Tagesordnung gesetzt. – Das haben Sie nicht. Sie haben den gemeinsamen Antrag abgekupfert und dabei zwei Sätze, in denen wir noch Forderungen formuliert hatten, gestrichen. Sie waren noch nicht einmal in der Lage, selbst einen Antrag zu schreiben, sondern haben ihn übernommen. Sich jetzt hierhin zu stellen und so zu tun, als ob Sie etwas gemacht hätten, finde ich infam.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Peinlich!)

Aber jetzt zu dem, was in diesem Jahr abläuft. Herr Laschet, – darin stimme ich Ihnen zu –, Sie nehmen die Kürzung in diesem Jahr viel subtiler und geschickter vor. Sie sagen nämlich, das Geld stehe den Regionalstellen „Frau und Beruf“ und allen möglichen anderen zur Verfügung. Mittel in derselben Höhe seien vorhanden. Sie würden nur etwas anderes damit machen. Sie sagen, Sie machten damit etwas Effizienteres.

Wenn wir uns jetzt aber anschauen, was damit passiert, stellen wir fest: Von all den Regionalstellen, die wir hatten, nämlich 46 an 52 Standorten, haben 14 insgesamt 11 Anträge auf Projektmittel gestellt. Das heißt, Sie wollen keine institutionelle Förderung mehr, sondern nur noch Projektmittel. Was bedeutet das?

(Britta Altenkamp [SPD]: Entbürokratisierung!)

Das bedeutet, dass sich die Frauen im Moment damit beschäftigen müssen, welchen neuen Namen sie bekommen. Es bedeutet, dass alle Regionalstellen, entsprechend ihren Anträgen, zukünftig unterschiedliche Sachen machen dürfen. Die einen dürfen etwas, was die anderen nicht ma-

chen dürfen; die dritten dürfen wiederum etwas anderes. Aber in vielen Punkten dürfen sie nichts mehr machen, und sie müssen sich mit diesen Anträgen beschäftigen und ständig Kürzungen und Veränderungen vornehmen. Das ist überhaupt kein Konzept, wie diese qualitativ hochwertige Arbeit vorangetrieben werden kann.

Wir müssen aber Nordrhein-Westfalen für den demografischen Wandel fit machen und auf den Fachkräftemangel vorbereiten. Dazu gehören Punkte wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, das Berufswahlverhalten von Mädchen, die Zukunftstauglichkeit und die Berufsrückkehrerinnen. Auch brauchen wir Frauen, die die Projektentwicklung für das neue Ziel-2-Programm mit vor Ort verankern.

All das haben die Regionalstellen geleistet und hätten sie in einer Weiterentwicklung leisten können. Aber Sie hauen das weg und sagen sogar, Sie müssten sich für die neuen Projekte einen neuen Namen geben, weil „Regionalstelle“ ein Unwort sei. Das heißt, alle alten Materialien – alles, was vorher vorhanden war – kann in die Tonne. Das hat für mich nichts mehr mit Effizienz zu tun, sondern das ist vielleicht der größte Kinderkram, der aus Ihrem Haus kommt – Kinderkram im Sinne von kindischem Verhalten – weil Sie bloß den Namen „Regionalstelle“ nicht mehr an irgendwelchen Türen haben wollen.

Meine Kollegin von der SPD ist eben auf das eingegangen, was wir bei der Hotline zu erwarten haben. Es geht aber auch darum, dass die Existenzgründerinnen nicht mehr in die Regionalstellen – die nicht so heißen dürfen – kommen können. Man darf zwar ihren Gründungswillen wecken, aber wenn es um die Gründungsberatung geht, müssen sie zu den Start-Centern geschickt werden, von denen bis heute keiner weiß, wo sie sein werden, wie viele es sein werden und welche Beratung sie machen können.

Was das Thema „Mädchen und Berufswahlverhalten“ angeht, so dürfen in Zukunft Mädchen mit einem Migrationshintergrund beraten werden. Aber Lehrerinnen und Lehrer dürfen von den ehemaligen Regionalstellen nicht mehr beraten werden. Herr Minister Laschet, ich kann Ihnen nur sagen: Das, was Sie hier vollziehen, ist das Gegenteil von Integration.

Die Bilanz, die wir unter den Teilbereich Frauenpolitik ziehen, lautet daher: Herr Minister Laschet, Sie sind kein Frauenminister, sondern ein Minister, der die Frauenpolitik in diesem Land kontinuierlich abwickelt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Steffens. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt den Haushaltsentwurf für den Bereich Frauenpolitik. In Anbetracht der Tatsache, dass die Landesfinanzen auch weiterhin dringend der Konsolidierung bedürfen und die Ausgaben weiterhin begrenzt werden müssen, halten wir die Zahlen zum Haushaltsgesetz 2007 und die damit verbundenen Änderungen im Frauenbereich für richtig.

Immer wieder hat uns der Widerstand der Betroffenen gegen den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg erreicht. Jedoch müssen wir wegen des von der alten rot-grünen Landesregierung hinterlassenen enorm hohen Schuldenbergs Änderungen vornehmen und wir müssen einsparen, aber – und das wollen wir vor allem – wir müssen die Frauenpolitik auch auf völlig neue Füße, auf ein modernes Fundament stellen. Frau Steffens, Herr Minister Laschet ist ein moderner Frauenminister.

(Beifall von der FDP)

Der Haushaltsentwurf zeigt, dass die Lasten der Konsolidierung gerecht auf alle Schultern verteilt werden und die soziale Infrastruktur nicht zerschlagen wird. Darauf kommt es letztlich an. Die FDP tritt für eine an die heutige Zeit angepasste Frauenpolitik ein. Bestehende Benachteiligungen von Frauen müssen abgebaut werden, und die Gewalt gegen Frauen muss bekämpft werden.

Hervorheben möchte ich aber an dieser Stelle, dass der Haushaltsentwurf 2007 nahezu 11,7 Millionen € für die Bekämpfung von Gewalt vorsieht, was bedeutet, dass es gegenüber 2006 keine Einsparungen gibt

(Heike Gebhard [SPD]: Die haben Sie schon im Jahr 2006 gemacht!)

und dass wir sehr genau wissen, wo wir die Mittel für die Frauenpolitik konzentrieren müssen, wo es Benachteiligte gibt und wo wir helfen müssen. Das heißt im Übrigen auch, dass, wie im Vorjahr, alle Beratungsstellen gefördert werden: 62 Frauenhäuser, 55 allgemeine Frauenberatungsstellen, 48 Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt und die acht Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel. Nordrhein-Westfalen verfügt nach

wie vor über ein bundesweit vorbildliches Frauenhilfsnetzwerk.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Beruhigend ist, dass nach den Einschnitten im vergangenen Jahr im Laufe dieses Jahres keine Einrichtung geschlossen wurde, obwohl Sie immer gesagt haben, die Einrichtungen müssten sukzessive schließen, sie würden es nicht schaffen. Sie hatten Unrecht. Die Einrichtungen haben es geschafft. Nicht eine einzige hat geschlossen!

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Was ist denn aus den Landesarbeitsgemeinschaften geworden?)

FDP und CDU treten darüber hinaus dafür ein, dass auch konzeptionell an der Bekämpfung von Zwangsverheiratungen gearbeitet wird. Herr Minister Laschet wies in der Vergangenheit auf eine Arbeitsgruppe im Ministerium sowie auf die im nächsten Jahr zur Verfügung stehende Online-Beratung für Mädchen und Frauen hin.

Sehr gut gefallen der FDP die Pläne der Landesregierung für die zukünftige Förderung von Frauen im Beruf und von Frauen in Führungspositionen. Bekanntlich erlangen Frauen bessere Schul- bzw. Studienabschlüsse. Jedoch gibt es Schwierigkeiten, im Beruf voranzukommen und Forschung auf den Gebieten zu betreiben, die früher traditionell den Männern zugerechnet wurden.

Zur Steigerung der Frauenerwerbsquote sind im Einzelplan 15 2,25 Millionen € vorgesehen. Hinzu kommen Mittel aus der auslaufenden Förderphase des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Ziel-2-Gebiet, die im Wirtschaftsministerium etatisiert sind. Erwähnt seien auch die verschiedenen Projekte wie z. B. das Mentoringprogramm „Personal-Partnership“ oder das Projekt „Personalpotenziale nutzen“, das zurzeit noch auf die Region OWL begrenzt ist.

(Zuruf von der SPD: Alles nicht neu!)

Auch sei auf die Projekte zur Erhöhung des Anteils von Frauen an den Gründungen hingewiesen.

Abschließend möchte ich auf die von Rot-Grün gezielt gesteuerten Fehlinformationen eingehen, wonach im Bereich „Frau und Beruf“ gekürzt worden sei. Das stimmt nicht. Die Mittel für die Frauenpolitik wurden nicht gekürzt.

Richtig ist, dass es eine Veränderung bezüglich der Regionalstellen „Frau und Beruf“ gibt. Es ist eine Veränderung; denn bekanntlich wurden diese seit Ende der 80er-Jahre eingerichtet, weil man

damals den gleichstellungspolitischen Aspekten in der Wirtschafts-, Arbeits- und Bildungspolitik zu wenig Beachtung schenkte und eine entsprechende Gesetzgebung wie auch eine frauenpolitische Infrastruktur nicht vorhanden waren.

Heute werden jedoch aufgrund gesetzlicher Vorschriften der Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik sowie gewachsener Sensibilität gleichstellungspolitische Fragestellungen viel stärker wahrgenommen. Im Rahmen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik gibt es eine Vielzahl von Vorgaben und Instrumenten, die zur Umsetzung von mehr Chancengleichheit beitragen und die auch künftig weiterentwickelt werden.

Um Potenziale von Frauen besser zu nutzen, sind Lösungen gefordert, die in Zusammenarbeit von verschiedenen Ministerien zu entwickeln sind. Die Bereiche, in denen bislang die Regionalstellen „Frau und Beruf“ tätig waren, gehören zu den Aufgabefeldern, für die das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, das Ministerium für Schule und Weiterbildung sowie das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie verantwortlich sind.

Meine Damen und Herren, diese Zeichen der Zeit sollten auch von der Opposition erkannt und anerkannt werden. Sie sollten uns begleiten auf dem Weg, Frauenpolitik moderner zu gestalten. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung hat jetzt Minister Laschet das Wort.

(Christian Lindner [FDP]: Das Wort hat der Frauenminister!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Redner der Koalitionsfraktionen haben es schon deutlich gemacht ...

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Redner?)

– Die Rednerinnen der Koalitionsfraktionen haben es schon deutlich gemacht – ich freue mich, dass ein kleiner sprachlicher Lapsus in dieser Debatte Sie zumindest weckt –: Auch die Frauenpolitik steht im 21. Jahrhundert unter neuen Fragestellungen. Alles das, was Sie von der Opposition hier vorgetragen haben, war eher eine Debatte darüber, was alles schon war, was man vor 20 Jahren gemacht hat und was man nicht mehr neu

denken muss. Ich denke, dass die Frauenpolitik der Landesregierung den aktuellen Bedürfnissen von Frauen entspricht.

Das erste ist die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Im Haushaltsentwurf 2007 stehen für das Politikfeld Gleichstellung von Mann und Frau beziehungsweise Frau und Mann 14,8 Millionen € zur Verfügung. Das sind genauso viel wie im letzten Jahr.

Im letzten Jahr, im Jahre 2006, wurde jeweils die vierte Stelle bei den Frauenhäusern gestrichen. Das war in der Tat etwas, was der Haushaltskonsolidierung geschuldet war. Das war keine Sache, bei der man sagen könnte, man braucht diese Stelle nicht. Es wäre wünschenswert, wenn es nicht erforderlich gewesen wäre. Diese schmerzhafteste Entscheidung ist getroffen worden, um die gesamte Infrastruktur zu erhalten, die wir bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen haben.

Die Bilanz am Ende dieses Jahres ist: Die Infrastruktur ist erhalten worden. Kein Frauenhaus, keine Frauenberatungsstelle, keine spezialisierte Stelle für die Bekämpfung von Menschenhandel hat geschlossen. Insofern meine ich, dass das eine gute Perspektive für 2007 ist.

Der entscheidende Bereich ist aber nicht nur die Anti-Gewalt-Infrastruktur, sondern auch die Frage der beruflichen Gleichstellung. Dazu hat nun die Opposition, die SPD und auch die Grünen, im Frauenausschuss erneut beantragt, das, was schon immer da war, so fortzuschreiben.

(Widerspruch von Barbara Steffens [GRÜNE])

Meine Antwort ist, Frau Steffens: Begreifen Sie diese Neuorientierung auch als Chance! Öffnen Sie Ihren Blick auch für die neuen Möglichkeiten und akzeptieren Sie, dass das gleiche Geld wie 2006 bereitgestellt, aber eben für neue Mechanismen eingesetzt wird!

(Beifall von der FDP)

Die berufliche Förderung von Frauen steht unter anderen Vorzeichen als vor 20 Jahren. Die Innovationskraft und das Erfahrungswissen von Frauen werden im Wirtschaftsleben stärker gebraucht. Wir müssen das Potenzial der bestqualifizierten Frauengeneration, die wir je hatten, viel stärker fördern, auch beim Wiedereinstieg in den Beruf. Dazu reichen die bisherigen Mittel nicht aus.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Steffens?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Laschet, wie bringen Sie es in Einklang – ich verstehe das nicht –, dass Sie uns jetzt vorhalten, wir wollten eine weitere Förderung der Regionalstellen, wo Sie doch selber letztes Jahr im Ausschuss vorgeschlagen haben, dass wir gemeinsam bis Ende dieses Jahres für das nächste Jahr ein Konzept einer weiterentwickelten Regionalstellenstruktur im Ausschuss diskutieren?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wir haben uns vorgenommen, das Konzept und die Arbeit, die die Stellen bisher geleistet haben, weiterzuentwickeln. Das Konzept musste weiterentwickelt werden. Und wir haben die große Möglichkeit gehabt – und das hat es bei den Vorgänger-Landesregierungen nie gegeben –, es querschnittsmäßig zu verankern.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das ist doch kein Konzept!)

Ich bin mit Ministerin Thoben zusammen im Frauenausschuss gewesen,

(Zurufe von der SPD und von Barbara Steffens [GRÜNE])

und wir haben Ihnen erläutert, dass in Zukunft in jedem Starter-Zentrum diese Beratung stattfindet. Ich bin froh, dass wir jetzt eine Wirtschaftsministerin haben, die sich auch diesem konkreten Thema widmet. Das war bei Ihnen früher nie möglich.

(Beifall von der FDP)

Insofern ist es ein völlig anderer Ansatz von Politik, den wir hier gewählt haben. Dieses neue Konzept, das Sie ansprechen, Frau Steffens, das wir uns mit diesem Haushalt für 2007 vornehmen, ist, die Beteiligung von Frauen an naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen zu erhöhen, das Berufsspektrum zu erweitern, die Ausbildungschancen gerade junger Zuwanderinnen zu verbessern – das ist ein Feld, das bisher überhaupt nicht in den Blick genommen wurde –, Frauen auf ihrem Weg in Führungspositionen und beim beruflichen Wiedereinstieg stärker zu unterstützen sowie Existenzgründerinnen darin zu ermutigen, diesen Schritt in die Existenzgründung zu gehen.

Das tun wir mit einem Fördervolumen von 2,3 Millionen € aus unserem Haushalt sowie mit Ziel-2-Auslaufmitteln in Höhe von insgesamt rund 6,6 Millionen € für die Jahre 2007 und 2008, die noch in diesem Jahr bewilligt werden. Wir haben darüber hinaus den Trägern der Regionalstellen im Ziel-2-Gebiet für Projekte 2007 und 2008 erhebliche Fördersummen aus Ziel-2-Auslaufgeldern zur Verfügung gestellt, nämlich 4,45 Millionen €. Das ist EU-Geld und kofinanziert, auch durch die Wirtschaft.

Das ist eben ein anderer Ansatz: Politik und Wirtschaft machen gemeinsam eine moderne Frauenpolitik, und der Haushalt 2007 trägt dem Rechnung.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Für den Teilbereich „Frauen“ liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Ende der Beratung dieses Teilbereichs.

Wir kommen zum Teilbereich zum **Teilbereich „Integration und Eine-Welt“**.

Für die SPD hat Frau Abgeordnete Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Stiftung Umwelt und Entwicklung gehört nach Aussage der Landesregierung zum Kerngeschäft der Eine-Welt-Politik. Insofern waren die Monate Oktober und November sehr ereignisreiche Monate dieses Jahres, weil nämlich klar wurde, wie ein Kerngeschäft eigentlich aussieht.

Aber lassen Sie mich ein wenig ausholen. Am 21. November 2006 hat die Landesregierung den Aktionsplan für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorgestellt. Dazu ist eine Broschüre erschienen, die ich Ihnen gerne noch einmal zeige, damit Sie alle nachlesen können, welches die Ziele sind, zu denen sich die Landesregierung in nächster Zeit verpflichtet. Dort heißt es unter anderem sinngemäß:

Die Lern- und Bildungsprozesse sollen im Rahmen für nachhaltige Entwicklung gefördert und gemeinsame und koordinierte Verfahren zwischen den Gruppen auf den Weg gebracht werden.

Auf Einladung des Herrn Ministerpräsidenten Rüttgers tagte dann Ende November, von der UNESCO-Kommission und vom Nationalkomitee

veranstaltet, der Runde Tisch für nachhaltige Entwicklung in Bonn. Herr Ministerpräsident Rüttgers sagte dort, Nordrhein-Westfalen sei gut für den globalen Wettbewerb aufgestellt und gerüstet. Frau Ministerin Sommer stellte den Aktionsplan vor. Wir können, wenn wir die Broschüre noch einmal aufschlagen, feststellen:

(Zuruf von der FDP: Ist das jetzt ein Lektürekurs?)

Es ist ein Aktionsplan, der von allen drei Ministern getragen wird, nämlich von Frau Sommer, von Herrn Uhlenberg und von Herrn Laschet. Gegen den Aktionsplan wenden wir uns auch gar nicht; der ist gut. Es war dann nur sehr deutlich, dass bei der Community, die bei der Vorstellung des Aktionsplans anwesend war, doch durchaus Unruhe entstand, weil es zu einer Diskussion über den Aktionsplan gar nicht mehr kam, weil Frau Sommer dringend abreisen musste.

Es gab in dieser Woche ausgesprochen viel Lob für die Projekte aus Nordrhein-Westfalen. Herr Prof. de Haan, Leiter des nationalen Runden Tisches, hat darauf hingewiesen, dass es kein Land in Deutschland – aber eigentlich auch nicht in Europa – gibt, das so viele so gute Projekte auf den Weg gebracht hat wie Nordrhein-Westfalen. Lob und Lorbeeren nahm man seitens dieser Landesregierung gerne entgegen, obwohl diese Projekte, die ja eigentlich noch aus der Agenda 21 stammen, nicht von dieser Landesregierung, sondern von ihrer Vorgängerin auf den Weg gebracht

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

und – hört, hört! – zu einem großen Teil von der Stiftung Umwelt und Entwicklung finanziert worden sind: „Firléfanz“, wie Herr Papke sagte, oder „ein Tendenzbetrieb“

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– ja, ja –, „ein Tendenzbetrieb“, wie Herr Lindner das bezeichnet.

Die Stiftung Umwelt und Entwicklung – ich erinnere: Kernbereich der Eine-Welt-Arbeit – musste dann allerdings am 17. November eine herbe Überraschung erleben. Denn die Spitzen der beiden Regierungsparteien verständigten sich darauf, die Mittel der Stiftung Umwelt und Entwicklung in die Stiftung Wohlfahrtspflege umzuleiten.

(Beifall von der FDP)

Ich muss dazu sagen: ein Akt der Symbolpolitik, eine Luftbuchung, wie Sie noch mehrere in dieser Form machen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das sieht die Wohlfahrtspflege aber gar nicht so!)

Diese Entscheidung hat allerdings zur Folge, dass die Stiftung Umwelt und Entwicklung ausblutet und nicht mehr handlungsfähig ist – auch wenn Sie die ganze Zeit auf Rücklagen spekulieren, die in dieser Größenordnung gar nicht vorhanden sind.

(Christian Lindner [FDP]: Blödsinn!)

– Dazu gibt es Zahlen aus der Staatskanzlei. Die können Sie gerne anfordern. Das ist gar kein Problem.

Von dieser Entscheidung, meine Damen und Herren, waren aber nicht nur die beiden Minister völlig überrascht, sondern auch die CDU-Kollegen. Ich kann an diesem Punkt nur sagen: Was Sie machen, ist eine Koalition der Täuschung und Enttäuschung,

(Beifall von der SPD)

wobei Sie noch nicht einmal vor Ihren eigenen Ministern halt machen. Die hatten nämlich bis dato eigentlich gehofft, dass sie die Teile des Haushaltes, die sie zukünftig nicht mehr finanziert bekommen – zum Beispiel sind für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit 300.000 € gestrichen worden –, mit den Mitteln der Stiftung Umwelt und Entwicklung kompensieren könnten. Gleiches gilt für Herrn Uhlenberg, der nämlich Fördermittel für nachhaltige Entwicklung, die zu 85 % gestrichen wurden, gerne aus der Stiftung Umwelt und Entwicklung genommen hätte.

Mittlerweile steht die Stiftung vor dem Aus. Den ersten vier Mitarbeitern ist gekündigt worden. Wie es mit den übrigen Mitarbeitern weitergeht, weiß niemand so richtig. Der Finanzminister des Landes sagt: Wir stellen die Stiftung auf neue Beine. Leider lässt sich diese Absicht haushaltstechnisch nicht nachvollziehen – es sei denn, Sie, Herr Ministerpräsident, beginnen endlich, ein Machtwort zu sprechen, ein Machtwort, was die Ziele und die Leitlinien dieser Landesregierung deutlich durchsetzt und endlich koordiniert! Denn bisher ist an diesem Punkt nur unkoordiniertes Verhalten festzustellen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Hinterherlaufen hinter der FDP!)

Meine verehrten Kollegen von der CDU, ich appelliere an Sie: Stimmen Sie der Kürzung nicht zu! Sie entspricht nämlich nicht Ihren Zielen. An die Kollegen von der FDP brauche ich nicht zu appellieren. Die haben offenbar völlig andere Präferenzen.

Wir lehnen auf jeden Fall die Kürzung für die Stiftung Umwelt und Entwicklung ab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hendricks. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Herr Abgeordnete Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sie, durchaus geschätzte Frau Kollegin Hendricks, haben die Stiftung Umwelt und Entwicklung erwähnt. Ich möchte hierzu in der gebotenen Sachlichkeit vier kurze Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung. Meine Fraktion hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode in einem Antrag zur Entwicklungspolitik, Drucksache 13/6334, auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Anteil privatwirtschaftlicher Förderung an der Eine-Welt-Arbeit signifikant zu erhöhen,

(Beifall von der FDP)

diese zukünftig stärker institutionell zu bündeln und mit internationalen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen zu vernetzen.

Zweite Bemerkung. Mir ist nicht erinnerlich, dass die Stiftung Umwelt und Entwicklung in der Vergangenheit ausschließlich sinnstiftende Projekte gefördert hat. Richtig ist, dass wir die Stiftungsarbeit nun neu ausrichten. Die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen erhöhen insofern den Reformdruck auf die Stiftung.

Dritte Bemerkung. Aufgrund der finanziellen Rahmendaten muss sich die Stiftung so oder so neu aufstellen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang der Erhalt des staatlichen Wettmonopols. Dieser Erhalt ist unabdingbar, um das sich aus dem Glücksspiel ergebende Suchtpotenzial wirksam eindämmen zu können. Nur über den Erhalt des Wettmonopols kann im günstigsten Fall eine Verstetigung von Konzessionseinnahmen beispielsweise aus der Oddset-Wette erreicht werden.

In seiner Antwort auf die Kleine Anfrage des ehemaligen Kollegen Dr. Vesper bringt Innenminister Dr. Wolf zum Ausdruck, dass der Erhalt des staatlichen Wettmonopols eine innerhalb der Landesregierung abgestimmte Position darstellt. In dieser Auffassung unterstützt Sie, lieber Herr Innenminister, die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich.

Vierte Bemerkung. Die Stiftung ist im Einzelplan 10 veranschlagt. Insofern ist jetzt eigentlich

nicht der richtige Zeitpunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung. Trotzdem war es mir eine Freude.

Nun aber zum Einzelplan 15! Was sich da hinter der Haushaltsprosa von Kapitel 15 060 etc. verbirgt, ist eines jener Politikfelder, auf denen entschieden wird, ob unsere Gesellschaft auch noch in zehn oder zwanzig Jahren lebenswert sein wird. Wenn die heute eingebrachte Saat taub bleiben wird, dann gnade uns Gott – oder richtiger: dann gnade Gott unseren Kindern. Wenn es uns nicht gelingt, zentrifugale Tendenzen aufzuhalten, Segregationsprozesse aufzuhalten, die vielen einzelnen Gruppierungen unserer Gesellschaft in ein gemeinsam getragenes Ganzes zu überführen, dann wird unser Land scheitern.

Da muss ich Ihnen – auch heute – mit großer Bitterkeit vorhalten, wie sehr die Ressourcen, die man bräuchte, um auf dem Saatfeld der Integration bald viel zu ernten, durch jahrzehntelange rote und rot-grüne Misswirtschaft verbrannt worden sind. Alles, was wir heute tun, mag immer noch zu wenig sein, aber wenigstens ist es wesentlich mehr als unter der alten Landesregierung, wo die Worte stärker waren als die Taten.

Was kann man nun auf einem derart ausgeplünderten Acker tun? – Man muss die Ressourcen besser organisieren. Das Wenige, das man noch hat, muss man dort einsetzen, wo es möglichst zukunftsgerichtet wirkt. Genau das haben wir mit unserem bundesweit zukunftsweisenden Aktionsplan Integration im Juni dieses Jahres getan. Und genau das tun wir auch im Haushalt. Ich möchte Ihnen ganz kurz einige ganz wenige Beispiele in diesem Zusammenhang nennen:

Wir haben die Mittel für die vorschulische Sprachförderung bereits im Haushalt 2006 um weit über 100 % von 8,1 Millionen € im Jahr 2005 auf 17,65 Millionen € erhöht. Diesen Ansatz schreiben wir im Haushalt 2007 fort und machen damit klar: Die Zeiten rot-grüner integrationspolitischer Lyrik, auf die keine Taten folgten, sind endgültig vorbei.

Zweitens. Mit dem Programm „Komm-In NRW“ unterstützen wir auch 2007 Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes und der Verbesserung kommunaler Integrationsbemühungen. Hierfür stellen wir erneut 3,3 Millionen € zur Verfügung.

Drittens. Wir entwickeln die RAAs zu einem Netzwerk zur Integration durch Bildung weiter und wollen auf diese Weise eine Flächenwirkung für ganz Nordrhein-Westfalen erzielen.

Viertens. Wir entwickeln die Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen und gewährleisten damit eine qualitativ hochwertige, nachholende und weiterführende Integration von bereits länger hier lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Ich wollte eigentlich noch – aber die fünf Minuten sind leider schon um – einiges zur Entwicklungspolitik sagen. Ich kann und darf das jetzt eigentlich nicht mehr tun. Ich möchte nur die Opposition bitten, uns wenigstens in diesem Punkt, wo wir so dazugelegt haben, wie das bisher keine Landesregierung getan hat, auf diesem Weg zu folgen. Machen Sie doch einfach bei uns auch einmal mit! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Solf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Abgeordnete Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende des Jahres und ziehen Bilanz. War es ein gutes oder ein schlechtes Jahr? – Für die Migrationspolitik kann man das nicht ganz eindeutig beantworten. Es gab positive Ereignisse mit einer gewissen Strahlkraft wie den genannten Integrationsgipfel oder auch den Islamgipfel. Ich würde auch den Aktionsplan der Landesregierung überwiegend als positives Zeichen sehen.

Aber jetzt reden wir vor allem über den Haushalt 2007, und nicht über Symbolik oder Zeichen. Da lese ich in der Kabinettsvorlage einen Satz, den Sie so nicht veröffentlicht haben. Der heißt:

„Die Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplans erfolgt im Rahmen der in den jeweiligen Haushaltsjahren zur Verfügung stehenden Mittel.“

Das ist ein Haushaltsvorbehalt. Oha! Meine sehr verehrten Damen und Herren, für den schönen Aktionsplan des Herrn Minister Laschet – präsentiert zum Integrationsgipfel von Frau Merkel – gibt es offenbar in diesem Haushaltsentwurf 2007 nicht einen Cent mehr, als das 2006 der Fall war. Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben einen Antrag vorgelegt, in dem sie diesen Plan begrüßen. Das war aber nicht etwa ein Haushaltsantrag, sondern es war einer dieser Anträge nach der Art: Was die Landesregierung tut, ist gut.

(Frank Sichau [SPD]: Bündnisantrag!)

– Das machen Sie ja gerne. – Im Haushaltsverfahren aber rücken Sie nicht einen Cent heraus,

um den Aktionsplan dann auch umzusetzen. Aber Sie, Herr Minister Laschet, wissen im Grunde nur zu gut, dass es in diesem Plan durchaus einige Punkte gibt, für die mehr Geld gebraucht würde, als 2006 zur Verfügung stand. Ich nenne nur die Arbeit der RAA, der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien.

Aber sehr viel düsterer als in der Integrationspolitik sieht es in der Eine-Welt-Politik in unserem Land aus. Dabei spreche ich nicht über die Hunderttausende von Menschen, die sich in fast 3.000 Gruppen allein in Nordrhein-Westfalen engagieren. Denn diese Menschen sind der Positivposten. Ich spreche über die fehlende materielle Unterstützung dieses wichtigen ehrenamtlichen Engagements durch die Landesregierung. Ich spreche darüber, dass die Koalitionsfraktionen – getrieben von einer ideologiesteuernden FDP – so tun, als ob Nordrhein-Westfalen keine globale Verantwortung im Sinne der Millenniumsziele, des Abbaus von Armut weltweit – besonders des Abbaus von Kinderarmut –, der Verbreitung von Bildung und des Klimaschutzes, hätte.

Wir sind nach wie vor mit der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens auf Rang 16 der Volkswirtschaften dieser Erde – einen Platz sogar noch vor den Niederlanden. Da können Sie, als FDP, sich nicht mit Ihrem erbärmlichen Provinzialismus zurücklehnen und sagen: Mit Globalisierung haben wir hier in Nordrhein-Westfalen nichts zu tun. Diese Haltung vertreten noch nicht einmal die Ratsleute in Lemgo, Düsseldorf oder Bielefeld – von meiner Heimatstadt Köln ganz zu schweigen.

(Ralf Witzel [FDP]: Unsere nicht!)

Aber Sie, Herr Lindner, und Ihre Fraktion als Landesverantwortliche streichen – was Sie schon im letzten Haushalt gemacht haben – die Mittel für Entwicklungspolitik und internationale Zusammenarbeit bis zur Unkenntlichkeit zusammen: Kürzung des Promotorenprogramms, Abschaffung des Programms für kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Zu guter Letzt haben Sie der Stiftung – Frau Hendricks hat das eben schon sehr eindrücklich beschrieben – völlig den Garaus gemacht; der Stiftung für Umwelt und Entwicklung, auf die ja Herr Minister Laschet noch verwiesen hatte, als wir ihn gefragt haben, wie er denn die ganze ehrenamtliche Tätigkeit der vielen Gruppen, die im Eine-Welt-Bereich unter anderem in den Kirchen arbeiten, finanzieren will. Da sagte Herr Laschet im Fachausschuss noch: Ja, das können wir jetzt aus Stiftungsmitteln finanzieren. Sie haben ihn ins

Messer laufen lassen, indem Sie nämlich die Stiftung in eine Situation gebracht haben, in der sie noch nicht einmal die Verpflichtungen erfüllen kann, die sie für das letzte Haushaltsjahr eingegangen ist.

Und das alles, meine Damen und Herren, weil die FDP hier überall irgendwie grüne U-Boote vermutet. Herr Papke und Herr Witzel, das ist schon kein einfaches Trauma mehr. Das trägt schon leicht paranoide Züge.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Prüfen Sie doch vielleicht einmal nach, ob die ganzen katholischen und protestantischen Bischöfe, die jetzt Protestbriefe geschrieben haben, auch alle heimliche Mitglieder bei den Grünen sind. Es wäre vielleicht lohnenswert, das einmal nachzuschauen.

Sie wollen diesen gesamten Bereich weghauen. Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel: Das wäre ungefähr so, als hätten wir Grüne gefordert, den Berufsstand der Steuerberaterinnen und Steuerberater verschwinden zu lassen, weil da so viele FDP-Mitglieder vertreten sind. – Das, was Sie da machen, ist völlig absurd und irrational.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Lieber Michael Solf, mich hat es eben einigermmaßen verblüfft und auch ein bisschen schockiert, dass Sie diesen Druck der FDP-Fraktion, dem die CDU in dieser Frage erliegen musste, hier vorne noch einmal rechtfertigen. So weit müssen Sie doch eigentlich nicht gehen. Wir wissen alle, dass Sie das nicht gerne getan haben. Aber dann stehen Sie auch dazu. Das hat Minister Laschet zumindest im Fachausschuss gemacht. Er hat nämlich gesagt: Diese Entscheidung der Koalition, die sie auf Druck der FDP gefällt hat, war falsch. Da war er sehr offen und hat sich auf den Konflikt eingelassen. Ein bisschen mehr Rückgrat hätte ich mir da auch von Ihrer Seite gewünscht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber dieses Rückgrat scheint ja nicht sehr ausgeprägt vorhanden zu sein, vor allen Dingen nicht in dieser Frage. Herr Stahl ist ein sehr netter Mensch,

(Britta Altenkamp [SPD]: Jetzt übertreiben Sie nicht so!)

aber mit dieser nachgiebigen Art gegenüber der FDP trägt er dazu bei, dass ein Politikbereich, nämlich die Eine-Welt-Politik, völlig verschwindet. Sie findet hier im parlamentarischen Raum nicht mehr statt. Die einzigen, die Anträge dazu ...

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch nicht!)

– Im parlamentarischen Raum findet de facto die Debatte über diesen Bereich nicht statt, Herr Laschet. Sie haben es ja auch selber als derjenige, der in diesem Bereich gerupft wird wie eine Weihnachtsgans, leidvoll erfahren.

(Zurufe von der FDP)

Ich erwarte im Grunde auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident Rüttgers – schön, dass Sie da sind –, als Vorsitzendem dieser Stiftung, dass Sie endlich einmal klar Position beziehen, dass Sie sich hinter diese Arbeit stellen und dass Sie klar erklären: Die Eine-Welt-Arbeit ist eine Aufgabe dieser Landesregierung, und es kann nicht sein, dass wir die Stiftung so vor die Hunde gehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Diese Erwartung habe ich an Sie und an Ihren Fraktionsvorsitzenden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir als Grüne stehen an der Seite der Aktiven, an der Seite der ehrenamtlich Tätigen, an der Seite der Kirchen, für die es hier nämlich um ein ganz zentrales Thema geht, und an der Seite der benachteiligten Länder und Menschen weltweit, denen wir von Nordrhein-Westfalen aus vielleicht hier und da ein Stück Hoffnung geben können.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Ich bitte Sie dringend: Überdenken Sie Ihre Entscheidung! Zerschlagen Sie die Stiftung für Umwelt und Entwicklung nicht!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Lindner das Rederecht. Bitte schön.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bevor ich auf die sozusagen weißen Mäuse eingehe, die Frau Asch hier gesehen hat, will ich einen Satz zur Migrationspolitik insgesamt vorwegschicken. Ich habe das bei meinem letzten Beitrag zum Bereich Kinder, Jugend und Familie bereits angedeutet.

Die neue Koalition hat hier institutionell-organisatorisch Weiterentwicklungsprozesse angestoßen.

Ich nenne die Weiterentwicklung der Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen, die sich insbesondere der nachholenden Integration, einer

vernachlässigten, aber umso notwendigeren Aufgabe, widmen sollen.

Ich nenne die Sprachförderung vor der Schule, die finanziell wesentlich besser ausgestattet wird und die auch perspektivisch sowohl haushalterisch als auch fachlich an Bedeutung hinzugewonnen wird.

Über Weiteres wäre zu sprechen, zum Beispiel über die Sozialindizierung der Verteilung zusätzlicher Lehrerstellen im Land, die letztlich auch dann in Problemschulen, in Brennpunktschulen und in Stadtteilen mit besonderen Erneuerungsbedarfen zu einer Entlastung der Situation führen wird.

Aus gegebenem Anlass der zahlreichen Vorhaltungen, die hier zu hören waren, und auch gewisser atmosphärischer Beschwerden in der Vergangenheit will ich mich konzentrieren auf den Bereich der Eine-Welt-Politik. Hier ist doch zunächst einmal eines festzustellen: Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland das Nord-Süd-Zentrum mit der Bundesstadt Bonn.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das war es!)

Wir haben ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich, das wir im Übrigen auch wertschätzen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Grüne Spielwiesen haben Sie das genannt! Ist das Wertschätzung?)

– Aber Wertschätzung heißt in Zeiten knapper Kassen nicht immer finanzielle Förderung, Frau Düker. Wertschätzung heißt auch in anderen Politikfeldern nicht, dass automatisch finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden können. Das ist nun in allen Bereichen der Landespolitik so. Wir wertschätzen das.

Sie erwecken hier den Eindruck, die Eine-Welt-Politik befände sich in Abwicklung. Es darf doch nicht verkannt werden, dass das Land Nordrhein-Westfalen ausweislich des Landeshaushalts und der Stiftung für Umwelt und Entwicklung bezogen auf die Einwohnerzahl wie auf die Wirtschaftskraft im Vergleich der Bundesländer, wenn man die Stadtstaaten mit ihrer besonderen Situation außen vor lässt, immer noch in der Führung, nahezu Spitze, ist. Wir haben uns also zu der Verantwortung, die wir auch für internationale Gerechtigkeitsbezüge haben, klar bekannt. Das ist auch eine haushaltspolitische Prioritätensetzung, die Sie hier vorfinden können.

Allerdings kann im Bereich der Eine-Welt-Politik nicht alles so bleiben, wie es war. War Ihr Promotorenprogramm, wie es vorher hieß, denn fachlich

gut evaluiert? Ist denn mit dem Geld der Steuerzahler Vernünftiges angestellt worden? –

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Ausweislich der Evaluation, die die Vorgängerregierung in Auftrag gegeben hat, eben nicht.

Und die Mittel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit? Ist das Geld, das pro Einwohner verausgabt wurde, überall in sinnvoller Weise für Eine-Welt-Projekte eingesetzt worden?

(Frank Sichau [SPD]: Ja!)

Ja, aber wir wissen doch aus Evaluation – wo es sie mal gab –, dass das nicht in jedem Fall tatsächlich zu beobachten war, sondern dass es auch Mitnahmeeffekte gegeben hat.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist doch überall so!)

Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Mit Verlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, war diese Stiftung denn eine Erfindung der SPD? Haben Sie damals applaudiert, als die Grünen die Einrichtung dieser Stiftung gefordert haben?

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Lindner, es war ein einstimmiger Beschluss!)

War das Ihr Projekt? – Nein, Sie mussten dazu doch regelrecht genötigt werden. Damit will ich jetzt noch nicht einmal sagen, dass die Stiftung in allen Feldern schlechte Arbeit leistet.

(Zuruf: Da gibt es auch gute Projekte!)

– Sicher gibt es da auch gute Projekte.

(Frank Sichau [SPD]: Meistens!)

Aber wir müssen gerade in Zeiten zurückgehender Einnahmen für die Destinatäre insgesamt erkennen, dass eine Arrondierung überfällig war.

Wir haben uns als Freie Demokraten gemeinsam mit unserem Partner von der CDU entschieden, insbesondere bei der Stiftung Wohlfahrtspflege, wo es auch um die Lebenschancen von behinderten Menschen geht,

(Britta Altenkamp [SPD]: Absoluter Luftdruck!)

eine stärkere Priorität zu setzen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Hendricks von der SPD-Fraktion?

Christian Lindner (FDP): Ja, das tue ich gerne.

Renate Hendricks (SPD): Herr Kollege Lindner, Sie haben eben deutlich gemacht, dass wir im Bereich Eine-Welt-Arbeit gut aufgestellt sind. Wissen Sie, dass es ein an die Stiftung gerichtetes Antragsvolumen von über 4 Millionen € gegeben hat, um genau dieses „Gut-Aufgestellt-Sein“ zukünftig zu garantieren, das nicht mehr hat beschieden werden können, weil kein Geld mehr zur Verfügung steht?

Christian Lindner (FDP): Liebe Frau Kollegin Hendricks, mir ist bekannt, wie sich die Einnahmen für die Destinatäre insgesamt entwickelt haben. Deshalb ist politische Prioritätensetzung erforderlich. Wenn man nicht mehr so üppig über Geld verfügen kann, dann kommt es gerade darauf an,

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

über Prioritäten und Posterioritäten zu sprechen.

(Beifall von der FDP)

Herr Präsident, ich bin noch bei der Beantwortung der Frage. Ich sage das, weil die Zeit mitläuft. Ich möchte gleich noch einen Gedanken dazu äußern.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie können sich schon darauf verlassen, dass wir das im Auge haben.

Christian Lindner (FDP): Ich wollte nur Hilfestellung geben. – Dann muss man gerade Prioritäten und Posterioritäten setzen, Frau Hendricks. Ich weiß von der Antragsbugwelle, aber bei der Stiftung Wohlfahrtspflege haben ebenfalls Anträge nicht beschieden werden können,

(Beifall von der FDP)

und zwar betreffend solche Fälle, in denen behinderte Menschen auf Unterstützung warten. Das war uns wichtiger. Zu dieser Priorität bekennen wir uns auch.

(Beifall von der FDP)

Sie haben eben darüber gejuxt und gelacht und haben außer Acht gelassen, wie die Situation bei der Stiftung Wohlfahrtspflege tatsächlich ist. Wir sind da anders aufgestellt als Sie.

Jetzt mein letzter Gedanke, Herr Präsident. – Von Herrn Finanzminister Linssen ist in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am vergangenen Freitag dargelegt worden,

(Britta Altenkamp [SPD]: Donnerstag! Für Sie ist jeder Tag wie der andere!)

dass die Personalausgaben in der Stiftung in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind, nämlich auf unterdessen 600.000 €. Ich habe den Protokollauszug gelesen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Warum sind sie gestiegen?)

– Auch wegen Binnenbürokratie.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein! Verwendungsnachweis prüfen!)

– Aber auch, weil sich diese Stiftung eine Sprecherin leistet. Ich glaube, eine solche Stiftung braucht keine Pressesprecherin.

In der Sitzung ist belegt worden, dass es bei dieser Stiftung noch Rücklagen in Höhe von – ich rede frei und habe die Zahl nicht im Kopf – ungefähr 3,8 Millionen € gibt.

Nicht zuletzt ist Ihnen dort dargelegt worden – das ist mein letzter Gedanke –, dass diese Stiftung über Wirtschaftlichkeitsreserven in dem Sinne verfügt, dass es bei einer klaren politischen Prioritätensetzung – das Engagement trauen wir dem Herrn Ministerpräsidenten und den beiden beteiligten Fachministern nicht nur zu, sondern sie haben es an anderen Stellen schon bewiesen – möglich sein wird, aus der Zivilgesellschaft noch zusätzliche Mittel für diese Aufgabe bereitzustellen.

Deshalb können wir guten Gewissens den Änderungsvorschlägen der beiden Koalitionsfraktionen zustimmen. Würden Sie ehrlich mit sich und mit der Haushaltslage des Landes umgehen, dann würden Sie das möglicherweise auch tun, meine Damen und Herren von der SPD. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bei dem Tagesordnungspunkt Kinder, Jugend, Familie bilanziert, dass es ein gutes Jahr für Kinder war, weil mehr für Kinder getan worden ist und weil Kinder in diesem Jahr neue Chancen erhalten haben.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Alle Redner haben das hier deutlich gemacht.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

– Keine Aufregung!

(Frank Sichau [SPD]: Das war nicht die Wahrheit, was Sie jetzt gesagt haben!)

Bei der Integrationspolitik scheinen aber die Erfolge so groß zu sein, dass die Rednerin der SPD bei einem Tagesordnungspunkt zu Integration und internationaler Zusammenarbeit die Integrationspolitik nicht einmal mehr mit einer Silbe erwähnt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist wirklich sehr eigenartig am Ende eines Jahres, in dem zum ersten Mal von einer Bundeskanzlerin zu einem Integrationsgipfel eingeladen worden ist, in dem zum ersten Mal ein Bundesinnenminister zu einer deutschen Islam-Konferenz eingeladen hat,

(Britta Altenkamp [SPD]: Welchen Schwerpunkt sich die Oppositionsparteien setzen, das müssen Sie schon uns selber überlassen! Die Regierung setzt ja auch ihre eigenen Schwerpunkte!)

aus der eine wichtige Entscheidung der Innenminister, nämlich die Duldungslösung, erwachsen ist, auf die viele Menschen gehofft haben. In einem solchen Jahr nicht einen einzigen Satz zur Integrationspolitik zu sagen, ist ein Armutszeugnis für die SPD.

(Beifall von CDU und FDP)

In Nordrhein-Westfalen kann man stolz darauf sein, dass schon vor dem Regierungswechsel die Integrationsoffensive Akzente gesetzt hat. Das auch von Frau Asch gewürdigte Zwanzig-Punkte-Programm hat Nordrhein-Westfalen zum Land der neuen Integrationschancen gemacht. Aber in einem Punkt liegt sie falsch, und zwar bei der Behauptung, es gäbe kein Geld dafür.

Der Haushalt 2007 stellt 2 Millionen € mehr zur Verfügung, wobei die Sprachförderung noch nicht einmal mitgezählt ist. Diese zusätzlichen Mittel werden dafür eingesetzt, die Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen zu erweitern. Dafür stehen insgesamt 6,7 Millionen € zur Verfügung.

(Monika Düker [GRÜNE]: Die Sie im letzten Jahr um 7 Millionen € gekürzt haben!)

Das Programm Komm-In NRW, zu dem gerade in diesen Tagen viele Kommunen kleine Integrationsgipfel durchführen, wofür der jeweilige Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister die Wirtschaft, die Verbände und die Kirchen an einen Tisch ruft, um Integrationspolitik vor Ort umzusetzen, ist ein

Programm, das wir mit 3,3 Millionen € im nächsten Jahr unterstützen.

Die 27 regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien erweitern wir zu einem Netzwerk „Bildung und Integration“, damit sie auch in den Städten, wo sie heute noch nicht sind, in Zukunft ihre Arbeit entfalten können.

Dass diese Kinder durch diese Förderung zum ersten Mal größere Möglichkeiten erhalten, als sie sie in den letzten Jahren hatten, ist auch ein Beitrag zum „Jahr des Kindes“.

Die Zuwanderung nach Deutschland und Europa steht auch in einem direkten Zusammenhang zur internationalen Entwicklung. Deshalb ist es gut, dass diese beiden Themen hier zusammen erörtert werden und wir als Nord-Süd-Land der Bundesrepublik Deutschland ganz bewusst den Blick über den Tellerrand richten. Ich bin Christian Lindner dankbar, dass er heute noch einmal für die FDP betont hat, dass es eine Landesaufgabe ist, sich um Entwicklungszusammenarbeit zu kümmern.

Kein anderes Bundesland in Deutschland hat einen Standort der Vereinten Nationen. Kein anderes Bundesland hat 3.000 aktive Eine-Welt-Gruppen. Alle großen kirchlichen Entwicklungsinstitutionen, Unicef und die Deutsche Welthungerhilfe haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Bonn ist qua Bonn-Berlin-Gesetz zum Nord-Süd-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland geworden. Viele Institutionen sind damals von Berlin nach Bonn umgezogen, sind den umgekehrten Weg gegangen, um dieses Profil zu stärken.

Eine Kritik an der alten Landesregierung ist, dass sich Frau Höhn um dieses Profil, um diese Themen nie gekümmert hat. Sie hat die 3.000 Eine-Welt-Gruppen im Blick gehabt – die haben wir auch im Blick –, aber das Profil Bonns für Nordrhein-Westfalen zu schärfen, ist etwas, was sich erst die neue Landesregierung zum Ziel gesetzt hat. Auf diesem Gebiet haben wir noch viel zu leisten, denn die Potenz von Bonn für die internationale Zusammenarbeit kennt schon in Köln niemand mehr, weil es nie zu einem Landesthema gemacht wurde.

Wir haben ganz bewusst in die Präsentationen anlässlich des Landesjubiläums entlang des Rheinufer, wo zwei Millionen Menschen gefeiert haben, die Nord-Süd-Politik mit hineingekommen. Die Millenniumsziele durch die Millenniumstore, die Kofi Annan in Bonn seinerzeit eröffnet hat, haben wir ebenfalls in die Bewusstseinsbildung im Lande eingebaut. Insofern gehen Ihre Vorwürfe,

dass dieses Politikfeld abgewickelt wird, fehl. Es bekommt im Gegenteil ein größeres Profil.

Alle Koalitionsfraktionen haben unterstrichen: Die Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ wird bleiben, und wir werden gemeinsam an einem Konzept arbeiten, wie sie ihre Arbeit auch in Zukunft wahrnehmen kann.

Das Politikfeld „Integration und Generationen“ ist, wie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat, für den Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidend. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft sind im Jahre 2006 ganz entscheidende Signale gesetzt worden, und diese werden 2007 in konkreter Umsetzung weiter ausgefüllt.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Insofern fordere ich die Opposition auf, den Blick wieder auf diese Themenfelder zu richten und sich nicht an einer einzigen Stiftungsentscheidung festzubeißen. Sie können sicher sein, dass Internationalität bei dieser Landesregierung auch in Zukunft einen hohen Stellenwert haben wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Redezeiten sind auch erschöpft. Ich schließe damit die Beratung zum Einzelplan 15.

Die Abstimmungen werden gemäß unserer gemeinsamen Verabredung erst nach 14 Uhr stattfinden.

Ich rufe den **Einzelplan 05** auf:

Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich weise auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 14/3005 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ihnen als Tischvorlage mit den Nummern 17 bis 20 vorliegen, hin.

Ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Schäfer. Bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat unseres Bundespräsidenten Horst Köhler vom 21. September 2006 beginnen:

„Der demografische Wandel muss für die Schule, für das Bildungswesen, als zusätzliche Chance genutzt werden. Sinkende Schülerzahlen eröffnen finanzielle Spielräume und neue